RC - BULLETIN

II/1969

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75/76 PS Berlin West 1941 56

Redaktion:
Solveig Ehrler
Sigi Stecher

Berlin, den
23. Jan. 1969

Inhaltsverzeichnis

I. Mitgliederversammlung

a) Zur Strategie der Außerparlamentarischen Opposition (Rede von Jörg Huffschmid auf der Mitgliederversammlung)

b) Kommentare zur Mitgliederversammlung (Ulrich K. Preuß, Hannes Schwenger, Delegiertenrat, Rudolf zur Lippe, Peter Sörgel)

II. Zwei Demonstrationen in Westberlin

Reden, Kommentare, Stellungnahmen (E.A. Rauter, Mitglieder der Marxistischen Schulungsgemeinschaft, Hermann von Rohde, Solveig Ehrler)

III. Aus den Arbeitskreisen

Gründungsaufruf der Marxistischen Schulungsgemeinschaft

IV. Aus dem Delegiertenrat des Republikanischen Clubs

Über die Arbeit des Delegiertenrats

V. Dokumentation

Rede des Vertreters der Jungdemokraten auf der Demonstration vom 9. Dezember 1968

VI. Veranstaltungskalender

I. Mitgliederversammlung

a) Jörg Huffschmid: Zur Strategie der Außerparlamentarischen Opposition und der Funktion des Republikanischen Clubs -

Erklärung des Vorsitzenden des Republikanischen Clubs Berlin auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9.1.1969

Der unmittelbare Anlaß der außerordentlichen Mitgliederversammlung sind die Ereignisse am Tegeler Weg und die Diskussionsbeiträge von Solveig Ehrler, dem Clubvorstand und Marianne Regensburger im BULLETIN, an die sich eine lebhafte und kontroverse Diskussion sowohl im BULLETIN als auch im Republikanischen Club selbst an zwei Abenden angeschlossen hat - Diskussionen, in denen das Problem

der Gewaltanwendung aus der abstrakten Isolierung, in der es in der bürgerlichen Öffentlichkeit aufgetaucht war, herausgenommen und in den politischen Zusammenhang zurückgebracht worden ist.

Gerade weil die Frage der Gewalt aber im Zusammenhang mit dem Versuch der Bestimmung einer politischen Strategie diskutiert wurde, ist sie mit diesen Clubdiskussionen nicht erledigt, und sie ist natürlich auch nicht durch eine Abstimmung, eine Informationsabstimmung, hier auf der a.o. Mitgliederversammlung, erledigt. Es zeigte sich vielmehr schon seit Wochen, daß bei diesen Diskussionen dann auch andere Fragen aufkamen, die nicht unmittelbar mit dem Problem der Gewaltanwendung zu tun hatten, sondern sich vielmehr mit allgemeinen Fragen der Strategie der Außerparlamentarischen Opposition zur strukturellen Veränderung der Gesellschaft beschäftigen. Es sind hierüber in der Folge im Club eine Reihe heftiger und hitziger Diskussionen geführt worden. Die letzte fand am 29. Dezember 1968 im Anschluß an das und über das Flugblatt statt, das die Arbeitskreise Agitprop und Politische Theorie als Reaktion auf die Ereignisse vor dem Schöneberger Rathaus verfaßt hatten und das im BULLETIN VI veröffentlicht wurde. Gerade diese Diskussion ist meines Erachtens besonders interessant, denn sie wurde von denen, die das Flugblatt verteidigten, mit einem massiven Angriff auf die Politik des Vorstands eröffnet, dem vorgeworfen wurde, er betreibe nichts anderes als SDS-Politik, sei im Grunde antikommunistisch und manipuliere die Mitglieder des Republikanischen Clubs.

Die Frage der Gewalt spielt hier nicht mehr die Rolle, die sie vorher bei einer anderen Gruppe von Mitgliedern gespielt hatte: die Diskussion brachte vielmehr recht bald eine scharfe Polarisierung zwischen zwei Argumentationsweisen, die personell alsbald mit SDS-Fraktion und SED-Fraktion identifiziert wurde, obwohl - wie wir alle wissen - diese Gruppierung zu undifferenziert ist, um zutreffen zu können. Die aber unmöglich durch ihre Stellung zur Gewalt zu kennzeichnen sind.

Wie immer man nun die einzelnen Gruppen nennen mag, auf jeden Fall stehen hier politische Differenzen im Hintergrund, die über die Ereignisse am 4. November und 14. Dezember 1968 hinausgehen und über die man sich im klaren sein, die man diskutieren muß. Es sind Differenzen über die Strategie der strukturellen Veränderung unserer Gesellschaft, Veränderungen, die - darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten - auf die Dauer nicht zu erreichen sein werden ohne die gründliche Umkrempelung und Umstürzung der bestehenden sozio-ökonomischen Machtstruktur. Zu diesem Thema möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen:

I.
Die Frage nach der Strategie einer antikapitalistischen Bewegung ist die Frage nach der Art und Weise, wie in der gegenwärtigen Periode der spätkapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft mit allen ihren politischen Stabilisatoren und Schutzmaßnahmen, eine Massenbasis geschaffen werden kann, die eine Gegenmacht gegen die konzentrierte Macht der ökonomisch und politisch Herrschenden darstellt und es verhindert, daß diese die entwickelten politischen Instrumente zur Stabilisierung und zur Verteidigung ihrer antidemokratischen Herrschaftsposition wirksam anwenden können. Die Frage nach der Herstellung einer solchen Massenbasis stellt sich - glaube ich - auf zweierlei Weise; mit beiden Problemkomplexen haben wir im Laufe der letzten Jahre gewisse Erfahrungen gemacht:

Wir müssen uns einerseits fragen, welche Formen unserer politischen Praxis dazu geeignet sind, eine derartige Mobilisierung zu bewirken, das heißt auch, wie konkret eine solche Mobilisierung aussehen kann.

Wir müssen uns weiter fragen, welche Organisationsformen die geeigneten sind, die mobilisierenden Gruppen und die mobilisierten Gruppen zusammenzuhalten und zu verhindern, daß ein verstärktes Zuschlagen der reaktionären und konterrevolutionären Kräfte das einmal gewonnene Terrain wieder zurückerobert oder nach der Strategie der "verbrannten Erde" vernichtet.

Diese Fragen sind nun nicht allein unsere Probleme, es sind die Probleme in England, in Italien, in Frankreich, ja man kann sagen, in allen westeuropäischen Industriegesellschaften. Denn in diesen Ländern haben sich in den letzten zwei, drei Jahren Erscheinungen gezeigt, die den Charakter einfacher Unruhen weit überschreiten und auf eine grundsätzliche theoretische und praktische Kritik an den bestehenden ökonomischen und politischen Herrschaftsformen hinauslaufen, ohne sich jedoch in die Organisationsformen und Agitationsmuster der traditionellen Arbeiterorganisationen integrieren zu lassen, ja teilweise geradezu in Frontstellung zu diesen.

Diese neue radikaldemokratische und sozialistische Bewegung steht in einem internationalen Kontext der politischen Stabilisierung und schleichenden Faschisierung der entwickelten Industriegesellschaften, eine Faschisierung, deren vorerst letztes Symptom bei uns der Plan zur Einführung einer Vorbeugehaft ist. Und in diesem Kontext hat die linke Bewegung überall neue Formen unmittelbarer Aktionen und Agitationen entwickelt, deren Möglichkeiten und Grenzen es genau zu kalkulieren gilt, wenn eine konsistente Strategie der APO formuliert werden soll. Und ich meine, gerade die Ereignisse vom Mai dieses Jahres haben uns im Hinblick auf diese zu konzipierende Strategie einige Erfahrungen gebracht, aus denen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Westeuropa Lehren gezogen werden müssen. Es handelt sich, glaube ich, vor allem um drei Erfahrungen.

Es sind 1. die Erfahrungen, daß eine unmittelbare Mobilisierung von Massen auch in relativ stabilisierten spätkapitalistischen Industriegesellschaften möglich gewesen ist und zwar eine Mobilisierung, die sich nicht an die traditionellen Formen der Parteiorganisation und Parteiagitation hielt, sondern sich direkter und spontaner Agitation und der Aktionen bedient hat.

Es sind 2. die Erfahrungen, daß die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, also konkret die KPF und die CGT, nicht in der Lage oder nicht bereit waren, diese Mobilisierung aktiv voranzutreiben und ihre revolutionären Elemente aufzugreifen, sondern im Gegenteil objektiv bremsend gewirkt und die tendenziellen systemzerstörenden Forderungen der Arbeiter teilweise in offenem Widerspruch zu diesen abgefangen und in systemtragbare sozialpolitische umgemünzt haben.

Und es sind 3. die Erfahrungen, daß die spontane Massenmobilisierung auf der anderen Seite nicht in der Lage gewesen ist, die vorhandenen revolutionären Möglichkeiten zu organisieren und zu einer kontinuierlichen Form von Gegenmacht und Gegengewalt zusammenzubringen, d.h. umgekehrt, daß, wenn spontane und direkte Massenaktionen weitergeführt und gesellschaftspolitisch auf die Dauer relevant sein werden, eine organisatorische Form gefunden werden muß, in der die Perspektive solcher Aktionen diskutiert wird, in der die Informationen der einzelnen Gruppen koordiniert werden und in denen die Kooperation dieser Gruppen vorbereitet wird, ohne daß sich solche Organisationen gegenüber den einzelnen Gruppen verselbständigen.

Wir dürfen diese drei Erfahrungen oder Gruppen von Erfahrungen gewiß nicht unmodifiziert auf unsere eigene Situation übertragen. Wir müssen uns aber sehr wohl klar darüber sein, daß dies die Punkte sind, die für die Erfolgschancen der neuen sozialistischen Bewegung langfristig von zentraler Bedeutung sind und über ihre Zukunft entscheiden. Darum müssen wir die drei Strategieelemente der Mobilisierungsformen, der Bündnispolitik und der Organisationsformen, deren Zusammenhang ja ohne weiteres einsichtig ist, genau analysieren, wenn wir zur Formulierung eines strategischen Konzeptes kommen wollen, in dessen Kontext dann auch einzelne Aktionen oder einzelne Erklärungen beurteilt werden müssen.

II.

Zu der ersten Frage der Mobilisierung meine ich, daß hier die neue linke Bewegung in der Bundesrepublik gemäß ihrer Entstehungsform ihre ersten Erfahrungen und Lehren aus der Universität und in der Strategie der Universitätsrevolte gewonnen hat. Diese Erfahrungen besagen im wesentlichen, daß lange Jahre durch die gewählten Studentenvertreter versucht worden ist, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und der gegebenen Handlungsspielräume die Universität zu demokratisieren, zu reformieren, daß sich aber so lange nichts in dieser Richtung getan hat, daß diese Bemühungen auch solange nicht auf sonderliches Echo bei den Betroffenen, nämlich bei den Studenten selbst, gestoßen sind, wie sie nicht unmittelbar auf ihre eigene Situation hin angesprochen wurden. Als dies aber geschah, als die Agitation am eigenen Arbeitsplatz einsetzte, als Demokratisierung nicht als abstrakte Norm, sondern als konkretes Bedürfnis und konkreter Anspruch des Einzelnen vermittelt wurde, für den man sich persönlich praktisch einzusetzen habe, da war es auch möglich, die Studenten massenhaft zu mobilisieren, und als die ersten Disziplinierungsmaßnahmen der Verwaltung kamen, verstärkte sich diese Mobilisierung derartig, daß die Verwaltung bereits zurückstecken mußte.

Inzwischen ist die Bewegung an der Universität weitergegangen und die, die sie tragen, haben dazugelernt. Sie haben vor allem gelernt, daß eine Reform der Universität sich nicht darauf beschränken kann, hier in einer autoritären Leistungsgesellschaft partiell an privilegierten Stellen für privilegierte Mitglieder der Gesellschaft demokratische Gerüste zu etablieren. Sie wissen, welche Rolle die Universitäten im Klassenkampf spielen, sie wissen, daß sie Stellen sind, die zur Erhaltung der bestehenden sozio-ökonomischen Machtverhältnisse dienen und daß sie diese Funktion nicht aus ihrer autoritären Struktur heraus, sondern aus den Inhalten und der Anwendung dessen, was gelehrt wird, aus den Inhalten und der Anwendung der Wissenschaften selbst, beziehen. Sie wissen, daß das, was sie an der Universität bisher noch in vergleichsweise großer Freiheit lernen, wenn sie einmal die Universität verlassen, von denen die über die Arbeitsplätze verfügen, angewendet wird, um die Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren und sie haben daraus den Schluß gezogen, daß es notwendig ist, ihr Wissen schon auf der Universität in den Dienst der Umstürzung dieser Herrschaftsverhältnisse zu stellen.

Aus dieser Einsicht aber folgt die zweite, daß die Studenten schon während ihres Studiums die Verbindung mit denen suchen müssen, mit denen sie später im Beruf zusammenarbeiten werden. Dies aber ist eine Einsicht, die sich zwar noch abstrakt aussprechen, aber nur noch in konkreter fachspezifischer Einzelarbeit dem einzelnen vermitteln und realisieren läßt. Die Mobilisationsform an der Universität ist daher aber auch nicht mehr vorwiegend die Massenmobilisierung, sondern die

permanente Fachkritik in den Fachschaften, in den Vorlesungen, Übungen und Seminaren der einzelnen Fakultäten, wo auf die reaktionäre Funktion der jeweiligen Wissenschaft durch ihren Mißbrauch in der gegenwärtigen Gesellschaft hingewiesen wird. Wo solche Basismobilisierung, die nicht mehr in Massenveranstaltungen, sondern in ad-hoc-Gruppen vor sich geht und daher nicht den ständigen Druck mobilisierter Massen hinter sich hat, durch Professoren gehindert wird, kommt es dann zu Störungen des normalen Lehrbetriebs, zu Besetzung und Aussperrung, also zu Aktionen, die von der Gegenseite als Gewalt und Terror gebrandmarkt werden. Ich meine aber, daß diese Aktionen deshalb unsere volle Unterstützung verdienen, weil hier Gruppen mit der theoretischen Forderung nach Umstrukturierung der Universität und praktischer Arbeit für die Demokratisierung der Gesellschaft praktisch ernst machen, indem sie bestimmte Bereiche der Gewalt des herrschenden Systems entziehen und den demokratisch-sozialistischen Kräften zur Verfügung stellen.

Ähnliches gilt nun auch mit den Erfahrungen mit den Aktionen außerhalb der Universität. Mit massenhafter Agitation und spontanen Aktionen zu Ostern 1968 ist es uns gelungen, große Massen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen. Es ist nun verschiedentlich die Meinung geäußert worden, die Tatsache, daß seit dem 1. Mai praktisch keine große Massendemonstration mehr stattgefunden habe, sei ein Indiz für den Rückschritt, zumindest den Stillstand der Außerparlamentarischen Opposition. Dies anzunehmen, hieße - meine ich - die Lage total verkennen. Ich meine vielmehr, daß - wie es an der Universität notwendig war, die Arbeit in kleinen Gruppen zu vertiefen, um zu weiterführenden Perspektiven zu kommen, auch in der Stadtagitation etwas derartiges zu geschehen hätte, und daß daher die Massendemonstrationen in ihrem politischen Stellenwert für eine gewisse Periode hinter die vertiefte Basisarbeit zurücktreten müssen.

Es haben sich daher seit dem 1. Mai in Berlin kleine Gruppen gebildet, die versuchen, die Agitation und Mobilisation direkt an jene zu richten, die von den bestehenden Verhältnissen unmittelbar am stärksten betroffen werden und die nach übereinstimmender Ansicht aller Gruppen der linken Bewegung die Träger und die Subjekte einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft sein werden.

Zusätzlich zu den ad-hoc-Gruppen in der Universität und zu den Basisgruppen in der Stadt haben sich eine Reihe neuer linker Gruppierungen, meist aus dem Republikanischen Club entstanden oder in ihm organisatorisch zusammengefaßt, gebildet, deren Mitglieder versuchen, ihre eigene Berufssituation zu analysieren und in ihr kollektiv sozialistische Zellen als erste Formen kollektiven Widerstands gegen die herrschenden Autoritätsstrukturen zu entwickeln: so gibt es Kindergärtnerinnen, Ärzte, Lehrer, Journalisten und Architekten in diesen Gruppen.

Ich glaube, daß es nur durch diese unmittelbare Mobilisierung an der Basis, anknüpfend an die Situation und an die Bedürfnisse der Betroffenen selbst, möglich sein wird, die Massenbasis zu schaffen, die nötig sein wird, um das System selbst unmittelbar und direkt angreifen zu können. Nur diese Mobilisierung von der Peripherie zum Zentrum hin, wie André Gorz das nennt, wird in der Lage sein, die Entschlossenheit hervorzurufen, politische Veränderungen durch eigene praktische Arbeit durchzusetzen und so das Potential für eine echte Änderung zu schaffen.

Leider ist nun in der gegenwärtigen Periode des Anfangs dieser Basismobilisierung eine recht gefährliche Sache, die sehr leicht in den Bereich administrativer oder sonstiger repressiver Maßnahmen gerät. Die

Möglichkeiten der Reaktionen oder auch der Präventivschläge sind in der gegenwärtigen Phase besonders groß, und wir haben bereits Erfahrungen mit Disziplinierungen von Referendaren und Lehrern und Studenten durch die jeweiligen Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit individuellem Terror durch die Apparate der Justiz und der Polizei. Wenn die Anwendung derartiger Mittel nicht zur Zerschlagung der linken Bewegung führen soll, ist es von äußerster Wichtigkeit, daß in einem solchen Fall, wenn einzelne Linke mit Disziplinarmaßnahmen oder durch die Justiz aus der Bewegung herausgenommen werden sollen, daß dann alle Gruppen theoretische und praktische Solidarität üben und unmißverständlich zeigen, daß derartige Terrormaßnahmen der herrschenden Apparate nicht hingenommen werden, sondern auf militanten und auf massiven Widerstand stoßen werden. Und zwar auf den Widerstand aller derer, deren politische Tätigkeit dazu übergegangen ist, sich in konkreten Gruppen konkret zu organisieren und die in dieser Praxis ebenfalls auf die solidarische Hilfe aller politisch Engagierten angewiesen sind.

Ein solcher Fall war m.E. gegeben, als versucht wurde, Horst Mahler aus seiner politischen Funktion für die linke Bewegung auszuschalten und ihm zudem die Existenzgrundlage zu nehmen. Hätte man hier nichts unternommen oder hätte man sich darauf beschränkt, verbal zu protestieren, so hätte das, was bei Mahler vorgeführt wurde, bei anderen Exponenten der sozialistischen Bewegung ohne Schwierigkeiten imitiert werden können. Und daß dies eine unmittelbare Existenzbedrohung für diese linke Bewegung, die noch einigermaßen unorganisiert ist, sein mußte, das war wohl allen klar, die damals die Demonstration am Tegeler Weg mit vorbereitet haben. Es mußte hier exemplarisch demonstriert werden, daß nicht nur der Ausschluß aus der Rechtsanwaltskammer persönlicher Terror gewesen wäre, es mußte auch unmißverständlich klargemacht werden, daß jeder administrative Versuch hierzu nicht hingenommen werden würde. Insofern meine ich, daß die Aktion am Tegeler Weg das Zeichen eines Widerstandes war, der sicher schon wegen der zu erwartenden Reaktion der Polizei nicht wiederholbar ist, der also nicht den Beginn einer Periode der Polizeischlachten signalisieren soll, dessen Militanz aber in verschiedenen Formen praktizierbar ist und praktiziert werden wird, um die Engagierten in dieser Bewegung davor zu schützen, daß Einzelne herausgegriffen, isoliert und individuellem Terror unterworfen zu werden. Wir sollten diese Aktion in ihrem Klassenkampfcharakter nicht überschätzen, wie dies verschiedentlich, auch von Seiten des Vorstandes, der Fall gewesen ist. Wir wissen aber auch, daß diese Aktion bei der politischen Führung dieser Stadt, insbesondere bei der Polizeiführung, eine ungeheure Verunsicherung hervorgerufen hat. Man wird auf der anderen Seite auch nicht übersehen können, daß ein solcher militanter Widerstand, der zeigt, daß nicht jeder Protest von vornherein auf den Bereich des Verbalen beschränkt bleibt, mobilisierend gerade auf diejenigen wirken kann, die ihren Widerstand bereits aus Resignation vor der Allmacht des Gegners aufgegeben haben.

III.

Aber genau an diesem Punkt kommen wir jetzt zu unserem zweiten Problem, zum Problem der Bundesgenossen. Lassen Sie mich auch hier die Aktion am Tegeler Weg zum Anknüpfungspunkt nehmen, obwohl wir uns davor hüten sollten, ihr zuviel Gewicht beizumessen. Es ist nun hier interessant, daß die Reaktionen der bürgerlichen Öffentlichkeit und der offiziellen Stellen auf die Aktionen am Tegeler Weg sehr viel kurzatmiger gewesen sind, als die Reaktionen innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition selbst. Hier sind viele Diskussionen geführt, ist viel Kritik geübt worden. Sie richtete sich gegen den Zeitpunkt, den Gegner, den Stellenwert dieser Aktion und bezweifelte ihre Vermittelbarkeit bei der Bevölkerung. Alle

diese Argumente sind diskutiert worden, ehe daß eine oder die andere Seite ihre Thesen regelrecht beweisen konnte. Insofern kann diese Kritik sicher nicht als widerlegt gelten. Ein Punkt aber bedarf der Berichtigung, und er erscheint mir von wesentlicher politischer Bedeutung zu sein. Es ist gesagt worden, diese Aktion habe die Tendenz, die Außerparlamentarische Opposition zu spalten und ihr die Massenbasis zu nehmen, die sie zur Umgestaltung der Gesellschaft benötige. Und zwar deshalb, weil viele Teile der APO sich mit derartigen Aktionen nicht identifizieren und solidarisieren können. So erklärte Carl Guggomos am 15. November im Westdeutschen Rundfunk, die Solidarität der Außerparlamentarischen Opposition sei am 4. November in einem Steinhagel zerbrochen.

Es ist nun aber interessant zu sehen, daß die allermeisten derjenigen, die auf diese Weise mit der Spaltungsthese argumentieren, wenn sie persönlich befragt werden, ob sie die Aktion am Tegeler Weg, auch wenn sie vielleicht nicht gut gewesen sei, für einen Grund halten, der gegenwärtigen linken Bewegung den Rücken zu kehren, dies verneinen und befragt, warum sie glaubten, das sei bei anderen Gruppen der Fall, deren noch nicht bis zu dieser Konsequenz entwickeltes politisches Bewußtsein anführen.

Dies scheint mir nun eine bemerkenswerte Reaktion zu sein, die m.E. nur zwei Schlüsse zuläßt: entweder die Behauptung der persönlichen Sympathie ist eine Scheinbehauptung, während in Wahrheit das Verständnis und die Bereitschaft zu praktischer Solidarisierung nicht da ist, oder aber das Verständnis ist da, es ist aber nicht bekannt, daß dies so ist, das heißt die linke Bewegung ist schon weiter als sie es selber weiß.

Dann aber würde zwar nicht die Aktion, auch wenn sie strategisch nicht richtig gewesen ist, die Außerparlamentarische Opposition spalten; es würde aber eine solche Kritik, die nur mit dem Argument der Spaltung arbeitet, dazu tendieren, jede Bewegung und jede militante Aktion zu bremsen mit dem Verweis auf die zu schaffende Massenbasis, ein Verweis, dessen Ähnlichkeit mit der lähmenden Argumentation mancher kommunistischer Parteien alarmierend sein muß.

Schauen wir uns das Argument näher an, denn es gibt Aufschluß über die Art unserer Bundesgenossen. Einige sorgen sich um die Massenbasis der Außerparlamentarischen Opposition. Sie beziehen sich dabei nicht auf sich selbst, sie halten uns vielmehr jene Liberalen entgegen, die sich aktiv für die APO einsetzen, aber nicht bereit sind, sich an Aktionen, wie die vom Tegeler Weg es sind, selber praktisch zu beteiligen. Hierzu möchte ich ganz klar sagen, kein Mensch hat dies jemals von ihnen verlangt und kein Mensch wird ihnen daraus einen Vorwurf machen können, daß sie dies nicht tun, denn es gibt in der Tat eine Reihe von moralischen und taktischen Gründen, die gegen einen solchen Entschluß schwerwiegende Hemmungen aufbauen können und das Unterlassen eines solchen Entschlusses rechtfertigen können.

Nur, wie diese Gruppen von Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition, die oft von einer Position im Establishment aus versuchen, die Herrschaftsverhältnisse zu ändern, die politische Praxis militanter Gruppen auf ihren strategischen Sinn hin zu befragen, so werden auch sie sich auf ihre politische Praxis hin befragen lassen müssen, das heißt, auf die Form ihrer Aktionen, mit denen sie dazu beitragen, die bestehenden Verhältnisse nicht nur zu entlarven, sondern auch zu verändern. Und ich meine, wenn beide Gruppen so die strategische Perspektive ihrer

politischen Praxis analysieren, werden sie feststellen, daß sie in der Tat verschiedene Rollen in einer gemeinsamen Gesamtstrategie spielen und in ihrer eigenen Praxis geradezu aufeinander angewiesen sind. Ich bin fest davon überzeugt, daß gerade jene Gruppen, die im Establishment arbeiten und versuchen, an verkrusteten Autoritätsstrukturen zu rütteln, zugeben werden, daß ihre Bemühungen vergeblich, ihre Aufklärung verbal bleiben müßte, wenn sie nicht von außen unterstützt würden, wenn nicht direkte Aktionen auf der Straße, die nicht den Charakter von verbalen Ritualen haben, sondern Elemente von Gegengewalt und damit auch physischer Drohung gegen die herrschenden Verhältnisse enthalten, diese herrschenden Apparate so verunsicherten, daß ein kollektiver Widerstand innerhalb der Apparate nicht von vornherein aussichtslos erscheint. Gerade die Leute, die durch ihre berufliche Position im Establishment nicht korrumpiert worden sind, die vielmehr entschlossen sind, praktische politische Arbeit an ihrem Arbeitsplatz zu leisten, halten wir für objektive Bundesgenossen, deren Tätigkeit ein wichtiges Element in der Gesamtstrategie der neuen linken Bewegung ausmacht, deren Tätigkeit andererseits aber auch nur in einer Gesamtstrategie, die mit direkter Basismobilisierung und direkten Aktionen arbeitet, nicht völlig verloren geht und in verbalen Entlarvungen leerläuft.

Es mag sein, daß einiges zu schnell und unvermittelt geschehen ist, daß jedoch eine Spaltung der Außerparlamentarischen Opposition von dieser Seite her droht, kann ich einfach nicht einsehen, denn ich würde doch noch in jedem liberalen Mitglied der APO, das sein Engagement ernst nimmt, bis zum Beweis des Gegenteils, d.h. bis zum Beweis der Korrumpierung durch seine Berufsarbeit im System, einen potentiellen Anhänger der neuen Linken Sozialistischen Bewegung und einen objektiven Bundesgenossen in der Strategie dieser neuen sozialistischen Bewegung sehen wollen. Es ist klar, daß die unterschiedlichen Positionen der Studenten, der Lehrlinge und Arbeiter in den Basisgruppen und der praktisch Oppositionellen in den Institutionen es mit sich bringen, daß bestimmte Aktionen nicht gemeinsam unternommen werden. Es muß aber ebenso klar sein, daß sie Bestandteil einer gemeinsamen Strategie sind, die alle Beteiligten diskutiert und anerkannt haben. Die Frage der Bündnispolitik mit jenen sogenannten Liberalen, die ich als potentielle Sozialisten oder auch als praktische Sozialisten bezeichnen würde und die dadurch gekennzeichnet sind, daß ihre Kritik am bestehenden System sich nicht auf verbale Proteste und verbale Entlarvungen beschränkt, sondern ihren praktischen Niederschlag in der Organisation von Gruppen, die praktische politische Arbeit betreiben, gefunden hat, scheint mir relativ unproblematisch zu sein.

IV.

Das Problem der Bündnispolitik stellt sich nun aber anders bei einer zweiten Gruppe von Bundesgenossen im sozialistischen Kampf gegen das herrschende System der spätkapitalistischen Unterdrückung, nämlich mit den Bewegungen der traditionellen Arbeiterpartei, also in Westdeutschland der neugegründeten DKP und in Westberlin der SED-West. Es handelt sich hier um Organisationen, die auf den ersten Blick wie keine anderen Gruppen dazu bestimmt scheinen, den Kapitalismus zu bekämpfen, zu besiegen und an seiner Stelle eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Wenn wir uns jedoch nicht an die deklamatorischen Programme, sondern an die historischen Erfahrungen, die politische Praxis und die Erfolge dieser Organisationen halten, dann sieht das Bild ein wenig anders aus. Es zeigt sich dann nämlich, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen in den westeuropäischen Industriegesellschaften, statt Formen des Angriffs gegen den Kapitalismus zu entwickeln, sich ausnahmslos auf Positionen der Defensive und der Selbsterhaltung zurückgezogen haben, ohne

daß der Sinn einer solchen Selbsterhaltung ersichtlich wäre. Denn es ist mit einer derartigen Strategie weder jemals möglich gewesen, Massen für die Änderung der Gesellschaft zu begeistern und zu mobilisieren, noch bringt eine solche Strategie irgendwelche Vorteile für die Massen selber mit sich. In Italien und Frankreich haben die Kommunisten jeweils über 20 % der Parlamentssitze, und wir wissen, daß es den französischen Arbeitern mit am schlimmsten in ganz Europa geht und es sind keine Anzeichen vorhanden, daß Frankreich oder Italien in irgendeiner Hinsicht weniger kapitalistisch wären als die Bundesrepublik.

Die Bindung an das nicht für eine sozialistische Gesellschaft und auch nicht zur Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaft, sondern im Gegenteil zum Zweck der Erhaltung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse geschaffene System der parlamentarisch-pluralistischen Demokratie schließt für die Parteien eines solchen Systems direkte politische Aktionen aus. Sie führt, wenn an ihr festgehalten wird, zu einer objektiv bremsenden Funktion in potentiell revolutionären Situationen. Hier scheinen sich die Interessen der an dem Ziel der Selbsterhaltung orientierten traditionellen Arbeiterbewegung und der neuen revolutionären sozialistischen Bewegung zu trennen: Uns kommt es nicht darauf an, bestehende Positionen zu verteidigen, denn Sozialisten haben im System des Spätkapitalismus keine in irgendeiner Weise zur Schaffung des Sozialismus relevanten Positionen zu verteidigen. Uns kommt es vielmehr darauf an, die bestehenden Machtstrukturen offensiv zu verändern. Die Rücksicht auf schon eroberte oder noch zu erobernden Parlamentssitze oder auf die von den ökonomisch Mächtigen diktierten Spielregeln einer Scheindemokratie kann uns dabei nicht Richtschnur unserer Strategie sein, denn wir meinen, daß weder die Zahl der Parlamentssitze noch besonders musterhaftes Befolgen dieser Spielregeln politische Machtpositionen signalisieren, sondern daß allein die Masse der mobilisierten und praxisbereiten Bevölkerung solche Machtpositionen anzeigt. Wenn wir aber als Strategie der Mobilisierung durch die direkte Basisarbeit die Agitation zur Selbsttätigkeit der Betroffenen als politisch sinnvoll erkannt haben, dann können wir uns nicht mehr darauf einlassen, eine auf diese Weise geweckte Energie in den Kanälen der Parlamente leerlaufen zu lassen. Eine solche Haltung würde nichts anderes bedeuten, als die Agitation zur Selbsttätigkeit zu widerrufen, Parteifunktionäre ins Parlament zu schicken und die Ebene der Politik wieder von den Betroffenen wegzuverlagern, zu denen wir sie gerade hingelagert haben. Eine derartige Manipulation, deren disziplinierende und entpolitisierende Funktion wir nicht nur bei den Arbeiterparteien beobachten, zentralisiert eine unkontrollierte und nicht kontrollierbare Macht bei einer Parteispitze, die - da sie keine Massenbasis hinter sich hat - Politik auf die Weise derer zu machen gezwungen ist, die die reale Macht haben.

Zwar ist der gemeinsame Gegner von SED, DKP und der neuen sozialistischen Bewegung in Westdeutschland das System des Spätkapitalismus; während letztere jedoch durch direkte Mobilisierung und spontane Aktionen in den letzten zwei Jahren erhebliche Fortschritte machte, blieben ähnliche Erfolge einer traditionellen Strategie und Organisation der Arbeiterbewegung - wie ich meine nicht zufällig - in den letzten 20 Jahren versagt. Ich glaube, daß eine solche Strategie tatsächlich gegenwärtig nicht mehr in der Lage ist, in irgend einer Weise relevante Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, und erst die Existenz und direkte Einsatzbereitschaft derartig mobilisierter Massen könnte eine Beteiligung am bürgerlichen Parlament, sozusagen als legale Liquidation dieses Parlaments, überhaupt u.U. rechtfertigen.

Wenn dies aber nicht der Fall ist und die DKP oder SED trotzdem an ihrer Parlamentarismus-Strategie festhalten, mit allen Konsequenzen gegenüber jenen, die das nicht tun, dann leisten sie nicht nur keinen eigenen Beitrag zur Offensive gegen diese Gesellschaft, sondern sie bringen sich geradezu in einen strategischen Gegensatz gegen die Kräfte, die durch die direkte Entlarvung des Parlaments als Vollzugsorgan der ökonomischen Machthaber mobilisierend und organisierend wirken wollen und hierbei bereits einige beachtliche Fortschritte gemacht haben. Es sind diese Fortschritte, die neuerdings sogar die KPI veranlaßt haben, ihre gesamte parlamentarische Strategie in Frage zu stellen. Es kommt dann, wenn die traditionelle Konzeption beibehalten wird, leicht zum Bündnis mit jenen, die die herrschenden Verhältnisse reformieren, aber nicht von ihrer Struktur her ändern wollen und mit Rücksicht auf ein solches Bündnis kann es dann geschehen, daß direkte außerparlamentarische Aktionen, mit deren Inhalt sich alle Kommunisten identifizieren müssen, aus taktischen Rücksichten auf den bürgerlichen Bündnispartner öffentlich verurteilt, als Abenteurertum und Putschismus diffamiert oder wie es in Lyon der Fall gewesen ist, Beteiligte an solchen Aktionen von Mitgliedern der KPF der Polizei ausgeliefert werden. Dies ist in der Tat eine monströse und wohl auch einmalige Ungeheuerlichkeit in der Geschichte der KPF; die Tendenz zu disziplinierenden Maßnahmen gegen alle diejenigen, die sich nicht den strategischen Konzepten/tendenziell konservierenden kommunistischen Parteien unterwerfen, sondern revolutionäre Strategien entwickeln wollen, ist jedoch unverkennbar.

Sie ist es nicht nur in Westeuropa, sondern auch in den sozialistischen Volksrepubliken Osteuropas, wie die Studentenprozesse in Polen gezeigt haben. Und die Unfähigkeit oder mangelnde Bereitschaft neue Entwicklungen, die nicht von der Partei ausgehen, zu akzeptieren und innerhalb des Sozialismus aufzugreifen ist auf eindringliche Weise durch die Ereignisse des 21. August in der CSSR belegt worden. Die 5 Staaten des Warschauer Pakts haben hier in einen Prozeß eingegriffen, der sicher für traditionelle Sozialisten neuartig und befremdlich war - wie ja wohl jede Weiterentwicklung des Sozialismus neuartig gewesen wäre - der in mancher Hinsicht sogar unsozialistische Züge trug, von dem aber bis auf den heutigen Tag in keiner Weise auch nur annähernd bewiesen wäre, daß er sich gegen den Sozialismus in der CSSR, oder in der Sowjetunion oder sonst wo in der Welt richten würde und dessen Möglichkeit, das bereits erreichte Stadium sozialistischer Entwicklung im osteuropäischen Raum weiterzuentwickeln, niemals widerlegt worden ist. Es verursacht uns einige Skepsis, wenn wir sehen, daß die Sowjetunion einen Prozeß, von dem sie behauptet, er sei konterrevolutionär, nicht anders als durch militärische Gewalt ohne Andeutung einer alternativen Weiterentwicklung sozialistischer Errungenschaften abbricht, daß sie auf die Kritik der KPI an dieser Handlungsweise mit dem Entzug finanzieller Unterstützung, also mit ökonomischer Gewalt reagierte und daß die SED-Westberlin diese Gewalt der Sowjetunion gegen die CSSR bedingungslos gutheißt. Es ist dieselbe SED, die auf der anderen Seite eine in ihren Dimensionen im Vergleich dazu lächerliche, aber immerhin offensive, gegen die Repressionen des Kapitalismus und nicht gegen möglicherweise fehlgeleitete Sozialisten gerichtete Aktion nicht vorbehaltlos unterstützt, sondern als "Diskreditierung der demokratischen und sozialistischen Bewegung" bezeichnet. Hier scheint mir wieder jener verhängnisvolle politische Kalkül durchzuscheinen, der aus Rücksicht auf parlamentarische Umfangsformen oder gar auf eventuelle parlamentarische Bündnispartner auf die eigentliche politische Bewegung an der Basis disziplinierend und bremsend wirkt, anstatt sie aktiv vorwärtszutreiben.

Mir scheinen nicht gemeinsame Aktionen das wesentliche Kennzeichen einer Bündnispolitik zu sein, mir scheint aber die Solidarität mit den Aktionen anderer Gruppen das entscheidende Kriterium für die Bündnispolitik verschiedener sozialistischer Gruppierungen zu sein. Diese Solidarität kann nur in der Übereinkunft über eine Gesamtstrategie konkret zustande kommen. Wo diese Übereinkunft fehlt, gibt es keine politische Solidarität, wie sich in den letzten Wochen gezeigt hat, und wo es keine Solidarität gibt, kann man nicht von politischer Bündnispolitik sprechen. Die Frage der Bündnispolitik aber wird in den nächsten Monaten und Wochen ganz unabweisbar und auch unaufschiebbar auf uns zukommen, denken wir nur an die Aktionen zur Bundesversammlung im März, zum 1. Mai, zu den Bundestagswahlen. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß die entscheidenden Fragen der strategischen Konzeptionen, wie ich sie anzudeuten versuchte, mit der SED endlich gründlich und öffentlich diskutiert werden. Wir haben diese Diskussionen etwas vorbereitet, indem wir nach der letzten scharfen Auseinandersetzung am 29. Dezember eine Kommission gebildet haben, die einen Katalog von Themen aufgestellt hat, über die in den nächsten Wochen mit der SED zu diskutieren ist.

Ich schlage vor, daß - um dieser Aufforderung Nachdruck zu verleihen - die hier versammelte außerordentliche Mitgliederversammlung den Vorstand des Republikanischen Clubs beauftragt, dem Vorstand der SED noch in dieser Woche diese Themen zuzuschicken und Vorstandsmitglieder und Mitglieder der SED zu öffentlichen Diskussionen hierüber im RC einzuladen. Ich glaube, daß nur so die bestehende Unsicherheit und Labilität im Verhältnis zwischen SED und den Gruppen der neuen linken Bewegung beiseite geschafft und eine Grundlage hergestellt werden kann, auf der die Frage der Bündnispolitik und einer gemeinsamen verbindlichen Strategie entschieden werden kann.

V.

Wie immer aber eine solche Diskussion mit den Vertretern der parlamentarischen Strategie auch ausgehen wird, wir werden nicht darum herumkommen, uns Gedanken über die Organisation der neuen sozialistischen Bewegung zu machen, eine Organisation, die es erlaubt, die entwickelten Methoden direkter Aufklärung, Agitation und Aktion fortzusetzen, zu erweitern und gleichzeitig kollektiv zu kontrollieren.

Mir scheint es nun fraglich zu sein, ob der Republikanische Club in seiner gegenwärtigen Struktur dazu in der Lage sein wird, ein organisatorischer Kristallisationspunkt dieser Bewegung zu werden. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß wir ja im Sommer dieses Jahres recht intensive Bemühungen unternommen haben, einen solchen Prozeß vorzubereiten und einzuleiten, und zwar sollte dies nicht technizistisch, sondern schon in inhaltlicher Diskussion und Arbeit geschehen. Wir hatten damals vorgeschlagen, im Winter eine Kampagne zur Aufarbeitung der letzten 50 Jahre der deutschen und westeuropäischen Geschichte unter dem Titel "50 Jahre Konterrevolution sind genug" durchzuführen und wir hatten geglaubt, daß eine derartige Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit das Bewußtsein für die politischen und organisatorischen Implikationen linker neuer Politik wecken und so zu einer organisatorischen Konsolidierung der außerparlamentarischen Opposition führen werde.

Wir wissen heute, daß dieses Konzept nicht realisierbar war. Es mußte schon im Sommer auffallen, daß zwar eigentlich die allermeisten, die über diese Kampagne im Republikanischen Club und auch sonstwo disku-

tiert haben, diesen Plan gut und plausibel fanden, daß sich aber die rechte Begeisterung eigentlich nicht so recht einstellen wollte. Und wir haben dann nach den Sommerferien gemerkt, daß die praktisch arbeitenden Gruppen, auf die wir als Träger dieser Kampagne auf keinen Fall verzichten konnten, an dieser Kampagne ziemlich uninteressiert waren, was diejenigen, die sich - wie die Clubmitglieder einschließlich des Clubvorstandes eigentlich mehr vom theoretischen und organisatorischen Blickwinkel der Sache genähert hatten - einigermaßen in theoretische und praktische Hilflosigkeit versetzten.

Mir scheint, daß wir das Problem der Organisation damals bei aller inhaltlich praktischen Absicht doch zu abstrakt angefaßt haben, und daß das Ergebnis nicht anders ausfallen konnte, weil dieses Problem zwar theoretisch einsichtig gewesen ist, aber nicht dem Stand der Praxis und damit den praktischen Bedürfnissen derer entsprach, die es zu organisieren gilt. Daß dieses Bedürfnis in der linken Bewegung sehr wohl existiert und sich jetzt allmählich mit den neuen Formen der Praxis immer mehr bemerkbar macht, sieht man an den Vorgängen der letzten Wochen bei den Gruppen, die praktisch-politisch tätig sind: so gibt es ein Zentralgremium der ad-hoc-Gruppen an den Universitäten, einen Zentralrat für die Basisgruppen, es gibt noch keine zentrale Stelle für die Berufsgruppen, aber auch die wird wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen. Mir scheint, daß hier die politische Bewegung von unten nach oben, die wir in unserer politischen Strategiekonzeption als eigentlich mobilisierende propagieren, auch in organisatorischer Hinsicht Gestalt annimmt, und wir sollten - glaube ich - alles tun, um alle derartigen Bestrebungen zu unterstützen.

Das bedeutet allerdings auch, daß die Institution des Republikanischen Clubs in langfristiger Perspektive nur insofern fester organisatorischer Bestandteil der neuen linken Bewegung sein wird, als er bzw. einzelne seiner Arbeitskreise und arbeitenden Gruppen, und das heißt natürlich auch, ich möchte das noch einmal betonen, der praktisch in den Institutionen und gegen deren Autoritätsstrukturen Arbeitenden - praktisch tätig geworden sind. Integraler organisatorischer Bestandteil einer zukünftigen schlagkräftigen linken Bewegung werden langfristig allein diejenigen sein, die in dieser Bewegung aktiv arbeiten.

Andererseits sollten wir uns, meine ich, auch nichts vormachen und klar sehen, daß diese schlagkräftige linke Organisation noch nicht existiert und erst allmählich, in dem Tempo, in dem die politische Praxis voranschreitet, geschaffen werden kann. Und in dieser Periode der allmählichen Herausbildung fester und verbindlicher Organisationsformen ist, denke ich, der Republikanische Club allerdings von nicht geringer Bedeutung. Diese Bedeutung leitet sich aber weder her von der Funktion als Sammelbecken der linken, unverbindlichen Gruppierungen einerseits, weil eine solche unverbindliche Sammlungs- und Meinungsaustauschfunktion nach meiner Meinung in der gegenwärtigen Periode kaum einen Beitrag zur Stärkung der praktischen politischen Bewegung leisten würde, auf die es jetzt ankommt. Diese Bedeutung besteht aber auch nicht darin, Aktionszentrum der APO in Berlin zu sein, denn eine solche zentrale Stelle kann es gegenwärtig in Berlin überhaupt noch nicht geben, sie wird es in Zukunft erst durch die Selbstorganisation aller praktischen Arbeitsgruppen geben können. Die Bedeutung des Republikanischen Clubs kann aber gerade in der gegenwärtigen, noch instabilen Übergangsphase, in einer politischen Funktion liegen, die ich Stützpunktfunktion nennen würde, und die darin besteht, genau jene strategischen und organisatorischen Vordiskussionen zwischen den einzelnen arbeitenden Gruppen in der Universität, den Betrieben und den Berufen zu ermöglichen, anzure-

gen und initiativ zu erweitern. So kann der Republikanische Club oder besser, so können einzelne Mitglieder des RC zum Beispiel anregen, eine Lehrerorganisation oder eine Journalistenorganisation zu gründen, die inhaltliche Ausrichtung und organisatorische Verbindung dieser Gruppen kann jedoch nicht mehr Sache des RC als Institution, sondern nur noch Sache der betreffenden Gruppen selber sein und wird wohl immer über den Rahmen des Republikanischen Clubs hinausgreifen.

Damit eine solche Stützpunktfunktion aber wirksam beim Aufbau der neuen sozialistischen Bewegung in Westberlin ausgeübt werden kann, ist es notwendig, den Gesamtzusammenhang der Strategie dieser neuen Linken zu sehen, den ich eben anzudeuten versucht habe. Stützpunktfunktion bedeutet nicht ungezielte finanzielle und organisatorische Unterstützung aller linken Gruppen. Den Club als Stützpunkt beim Aufbau der neuen sozialistischen Bewegung sehen, heißt vielmehr, ihm im Zusammenhang der Strategie praktischer Mobilisierung durch theoretisch-praktische Aufklärung, Agitation und Aktion an der Basis die Funktion zu geben, durch gezielte Veranstaltungen und organisatorisch-materielle Unterstützung zur Festigung dieser Strategie beizutragen. Es heißt zum Beispiel, die Auseinandersetzung um die Bündnispolitik der linken Bewegung voranzutreiben, etwa durch politische Veranstaltungen zum Thema Wahlbeteiligung, wie es zwischen Weihnachten und Neujahr in der Diskussion mit Reinhard Opitz der Fall gewesen ist.

Es heißt aber auch, daß man dazu beiträgt, ein internationales Arbeitsseminar der an der Basis arbeitenden Gruppen zu organisieren, in dem von diesen Gruppen ihre Erfahrungen und Konzepte diskutiert werden. Und es heißt schließlich, um einen dritten Typus von Funktionen des Republikanischen Clubs in dieser Phase zu nennen, inhaltlich und organisatorisch einen Kongreß über die Parlamentarisierung der Arbeiterbewegung vorzubereiten, auf dem eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen parlamentarischer und nicht-parlamentarischer Arbeiterpolitik geführt werden soll, und der einen Beitrag zum politischen Verhalten der außerparlamentarischen Opposition im Hinblick auf die Bundestagswahlen leisten und zugleich praktischer Möglichkeiten außerparlamentarischer Politik in den Aktionen gegen die gleichzeitig stattfindende Bundesversammlung demonstrieren soll.

Ich meine, daß sowohl von der sozialen Struktur der Mitglieder als auch von der materiellen Basis her der Republikanische Club geeignet ist, diese beiden Funtkionen zu erfüllen: Die Anregung und Vorbereitung von sozialistischen Berufsgruppen, die langfristig Element einer noch zu schaffenden linken Organisation sein werden und zweitens die politische, organisatorische und materielle Unterstützung der Versuche, eine solche Organisation im Rahmen der von mir angedeuteten Basisstrategie aufzubauen. Ich meine, die Festlegung auf diese beiden Funktionen vermeidet die politisch bremsende Unverbindlichkeit eines linken Sammelbeckens, wie sie aus der meines Erachtens äußerst unglücklichen Formulierung vom "Beitrag zum gesellschaftlichen Leben Westberlins" in der Satzung des Republikanischen Clubs herausinterpretiert werden könnte, sie vermeidet zugleich die unrealistische Selbstüberschätzung und politisch falsche Konzeption des Republikanischen Clubs als Aktionszentrum der APO und konzentriert sich stattdessen auf die politische Aktivität, die der Club wirklich leisten kann, die zu leisten aber auch eine unabdingbare Notwendigkeit für den politischen Fortschritt in der gegenwärtigen Situation der neuen sozialistischen Bewegung ist.

Ich schlage vor, hierüber zu diskutieren.

b) Kommentare zur Mitgliederversammlung

Ulrich K. Preuß

Die Mitgliederversamml ng des Republikanischen Clubs am 9. Januar 1969 hat in dankenswerter Klarheit die politischen Vorstellungen und die Taktik der einzelnen Gruppen und Fraktionen zutage gefördert: der Vorstand ist der große Manipulateur, der die Stirn hat, den Mitgliedern in einer 50-minütigen Rede sein politisches Konzept vorzutragen, auf Grund dessen sein Verhalten und seine politischen Erklärungen in verschiedenen Stellungnahmen als Elemente in einem Zusammenhang erkennbar werden. Er hat weiter nicht davor zurückgeschreckt, auf der Diskussion dieser Konzeption und der damit zusammenhängenden inhaltlich-politischen Probleme einzelner seiner Stellungnahmen zu bestehen. Ihm war auch das Mittel des geschäftsmäßigen Antrags auf politische Diskussion nicht zu billig, um zu verhindern, daß die Versammlung als Abstimmungsmaschine ihre Identität gewann.

Die Traditionalisten waren zu Recht empört: wer nichts als die Einheit aller Friedliebenden und Antifaschisten und ihrer aller Wunsch, das nächste Mal im Abgeordnetenhaus zu sitzen und das übernächste Mal dessen Mehrheit zu bilden, anzubieten hat, muß darauf bestehen, daß die Regeln sozialdemokratischer und neosozialdemokratischer Parteien unbedingt eingehalten werden, und diese Regeln lauten: keine Diskussion, notfalls Niederwalzen jeglicher politischer Kommunikation und Spontaneität durch disziplinierten Fraktionszwang. Es gibt immerhin einige Anzeichen dafür, daß nicht wenige junge Genossen der SED und des traditionalistischen Flügels im Club diesen quasi-militärischen Sozialismus durchaus degoutieren. Man wird es sehen .....

Die Liberalen im Club haben sicherlich einen großen Schreck bekommen - zunächst vor der penetranten Borniertheit ihrer Bündnispartner, dann aber auch vor sich selbst. Sie haben sicherlich gemerkt, daß ihre parlamentarische Bedeutung im Club ziemlich groß ist - was sich am Ergebnis der Abstimmung über den Atrag zur Aktion Tegeler Weg ablesen läßt - ohne daß sie jedoch diese parlamentarische Bedeutung real einzuholen vermögen. Es ist eine Sache, in Abstimmungskämpfen die Mehrheit zu stellen, aber durchaus eine andere, in kontinuierlicher praktischer und theoretischer Arbeit sich selbst zum Moment einer politischen Strategie und Veränderung zu machen. Die mangelnde Beteiligung der Liberalen an der konkreten politischen Praxis in Westberlin macht sie zu Unbeteiligten, und als unbeteiligte, private Meinungen vertretende Individuen benutzen sie ihre Stimmzettel. Wer wird den Liberalen erklären können, daß politische Praxis niemals so abstrakt sein kann, und daß ihre oft beklagte Schwäche auf diesem abstrakten Begriff und dieser abstrakten Praxis von Politik beruht? Unter diesem Gesichtspunkt war es nicht ganz inkonsequent, daß Traditionalisten und Liberale ein punktuelles Bündnis schlossen: beide Gruppen wollen politische Praxis in abstrakte Wahlkörperschaften verlegen, die ihre Legitimität aus den gesammelten Privatmeinungen eines abstrakten Staatsbürgers und Wählers herleiten. Wenn sie politische Legitimierungen aus der konkreten Arbeit in den verschiedenen Produktionsbereichen und aus der konkreten politischen Aktion ablehnen, so hat sich an ihnen einmal mehr die ungebrochene Kraft bürgerlicher Ideologie erwiesen.

Hannes Schwenger

Was zeigen die Abstimmungsergebnisse der Außerordentlichen Mitgliederversammlung? Nach meiner Auffassung geben sie Anlaß, eine Reihe von Fehlvorstellungen über vermutete Fraktionen und den vermuteten Verlauf von Meinungsfronten im Club zu korrigieren. Tatsache ist aufgrund des Abstimmungsergebnisses in Sachen Gewalterklärung, daß eine Mehrheit der Mitglied-

schaft die Vorstandserklärung nicht billigt. Tatsache ist aber auch, daß eine noch breitere Mehrheit das von Jörg Huffschmid vorgetragene strategische Gesamtkonzept teilt. Man kann daraus nur schließen, daß die Grosszahl der Mitglieder, die zugleich gegen die Vorstandserklärung und für das Huffschmid-Konzept stimmten, die Vorstandserklärung in dem Sinne kritisieren, daß ihr Stellenwert und ihre Stimmigkeit im Rahmen des Gesamtkonzeptes anders eingeschätzt wird.

So gesehen, kann die Behauptung nicht aufrechterhalten werden, der eigentliche Hintergrund der Auseinandersetzungen sei das Aufbegehren einer traditionalistischen Fraktion, gar noch in einem abstrusen Bündnis mit den "Liberalen" des Clubs. Wer ein solches, über die konkrete Kritik an der Vorstandserklärung hinausgehendes strategisches Konzept bei den opponierenden Clubmitgliedern vermutet, der muß sich dann in der Tat wundern, daß diese Opposition auf der Mitgliederversammlung inhaltlich so wenig zur Strategiefrage zu sagen hatte. Das lag aber gerade darin, daß diese Opposition sich nur in der Ablehnung der Vorstandserklärung traf, in sonst nichts. Und es wäre sicherlich besser gewesen, diese Debatte - es ist die Gewaltdebatte - anhand der im Club-BULLETIN abgedruckten Thesen von Roland Reichwein zu führen, in der m.E. viele Ansatzpunkte zu einer Einigung der kontroversen Ansichten enthalten sind.

Leider muß man feststellen, daß der Clubvorstand selbst in geradezu hysterischer Weise in abenteuerlichen Vorstellungen von Fraktionskomplotten zu seinem Sturz befangen war. Sonst hätte es nicht zu der Vertrauensabstimmung unter Druck kommen müssen, die Jörg Huffschmid zu brauchen glaubte.

Es bleibt nach dieser Versammlung die Frage, wie es künftig verhindert werden kann, daß der Vorstand Erklärungen abgibt, die von der Mehrheit der Mitgliedschaft nicht geteilt werden. Ich halte den vorgeschlagenen Weg einer Erweiterung des Delegiertenrates für nicht gangbar und auch andere Satzungsänderungen unter einer Bedingung für unnötig: Daß nämlich der nächste Vorstand repräsentativer für die Mitgliedschaft sein wird. Es ist, glaube ich, eine Tatsache, daß bei den letzten Vorstandswahlen - zumal unter dem Eindruck der Empfehlungen des scheidenden Vorstands - hart und zum Teil auch schon "fraktionell" durchgewählt wurde, so daß Vertreter starker Meinungsströmungen im Club nicht in den Vorstand gelangten (zum Beispiel Guggomos). Dadurch kam zwar ein ziemlich homogener "antiautoritärer" Vorstand zustande, aber die Breite der Meinungen in der Mitgliedschaft war nicht repräsentiert. Das war eine schlechte Kopie übler SPD-Partei"demokratie".

Es ist das legitime Anliegen der Mitgliedschaft, auch der nicht in Arbeitskreisen aktiven, die Richtlinien politischer Arbeit im Club zu bestimmen. Dazu wählt sie einen für sie repräsentativen Vorstand. Wenn wir es schaffen, ihn wieder zu einem repräsentativen Gremium zu machen, sind Widersprüche zwischen Vorstandserklärungen und Mitgliedermehrheit unmöglich.

Ich verkenne nicht die Notwendigkeit der Umstrukturierung, die sich im Club vollzieht. Ausdruck dieser Umstrukturierung ist die Bildung von Aktivkreisen und ihr Anspruch auf Mitbestimmung der Clubpolitik. Deshalb wird der Delegiertenrat geschaffen. Wie der Vorstand Organ der gesamten Mitgliedschaft ist, ist der Delegiertenrat Organ der Aktivkreise. Das politische Gewicht der beiden Organe für den Club pendelt sich in dem Maße ein, in dem der Strukturwandel voranschreitet. Wer es möchte, kann sich dabei vorstellen, daß am Abschluß dieses Prozesses ein Vorstand überflüssig ist und alle Macht in den Händen des Delegiertenrates liegt.

ERKLÄRUNG DES DELEGIERTENRATES

Der Delegiertenrat des Republikanischen Clubs stellt folgendes fest:

Die Erklärung von Marianne Regensburger zu den Ereignissen vor dem Landgericht am 4. November und zu der Erklärung des RC-Vorstandes stellt keine Alternative zu dieser Vorstandserklärung dar, sondern faßt lediglich einzelne von der Vorstandserklärung abweichende Ansichten zusammen. Deswegen war den RC-Mitgliedern bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9. Januar 1969 eine klare Stellungnahme für eine der beiden Erklärungen, wie sie der von Koch, Schwenger und Staritz eingebrachte Antrag (Antrag Nr. 2, RC-Bulletin I/1969) vorsah, nicht möglich. Die Antragsteller hatten diese Schwierigkeit offenbar erkannt, da sie anderenfalls nicht zu beliebig dehnbaren Formulierungen wie "Es soll bei der Abwägung der beiden Texte nicht um Punkt und Komma gehen und nicht um politische Vorbehalte in Detailfragen sondern darum, welche dieser beiden Stellungnahmen die Mitglieder für eher vertretbar halten." hätte greifen müssen.

Wegen der Unmöglichkeit einer klaren Stellungnahme waren die RC-Mitglieder gezwungen, nach den Intentionen der Antragsteller und den politischen und organisatorischen Hintergründen dieses Antrages zu forschen, um danach ihre Entscheidungen treffen zu können.

Die Debatte während der a.o. Mitgliederversammlung zeigte deutlich, daß es von der Gruppe der Antragsteller vermieden wurde, ihren Antrag mit konkreten Inhalten zu verbinden, daß sie vielmehr im Unverbindlichen und Formalistischen verharrten und somit ihre Forderung nach einer informativen Abstimmung unglaubwürdig machten, zumal von ihnen auch keine eigene alternative Erklärung zu den Ereignissen vom 4. November vorgelegt wurde. Die durch Mangel an konkreten Inhalten hervorgerufene Unsicherheit machte es möglich, daß die Arbeit der Mitgliederversammlung durch eine Flut von Geschäftsordnungsanträgen blockiert wurde und die Mitgliederversammlung sich schließlich vertagen mußte. Diese Vorgänge haben gezeigt, daß die Anträge entgegen ihrer Zielsetzung nicht eine sachliche Diskussion und Klärung der anstehenden Fragen brachten, sondern dazu benutzt werden konnten, mit formalistischen Mitteln unter Vermeidung einer offenen Aussprache, also über die Köpfe der RC-Mitglieder hinweg Angriffe auf den Vorstand zu führen mit dem Ziel, ihn zu diskreditieren und zur Handlungsunfähigkeit zu verurteilen.

Der Delegiertenrat mißbilligt derartige Methoden des bürgerlichen Parlamentarismus und fordert die Rückkehr zu offener Diskussion und freimütiger Austragung der Gegensätze. Der Delegiertenrat ruft alle Mitglieder dazu auf, Vorschläge zu machen, wie die Willensbildung im RC neu und wirkungsvoll organisiert werden kann.

Arbeitskreise und Aktivgruppen:

Verein für Sport und Technik
Sozialarbeiter

Kommune Che
Automation
Revolutionäre Situation 1918/19

Betriebsgruppen
Liga des Antifasch. Widerstandes
Basisgruppe Wilmersdorf
Lehrlinge
Angestellte

Rudolf zur Lippe: Zur außerordentlichen Mitgliederversammlung

Der Antrag (1) der Antragsteller verrät, daß sie die außerordentliche Mitgliederversammlung forderten, um die innere Solidarität zu fördern. Das Ergebnis war ein Zerbrechen in Formalismen. Dazu mußte der Antrag (2) auch führen. Wenn man abstimmen läßt über zwei im Vorstand abgefaßte Stellungnahmen, die dazu einer mehr als sechs Wochen zurückliegenden Situation angehören, bleibt einer Versammlung nichts übrig als Akklamation oder Aggressivität gegenüber Personen und Formen. Offenbar sollte insbesondere der Zusammenhang zwischen Mitgliedern und Vorstand intensiviert werden; so wurde aber den Mitgliedern eine Art Kontrollfunktion zugeteilt, die - zumal nicht aus der Sache vorbereitet - formal ist und gerade die Sachdiskussion dem Vorstand zuweist.

Insofern ist es bedauerlich, daß das einstündige Referieren des Ersten Vorsitzenden auf diese Taktik einging. Die Konsolidierungsfunktion kann nur die Arbeit aus der Basis des Clubs haben. Dafür ist es allerdings nicht ausreichend, einen Republikanischen Club als "Plattform und Kommunikationszentrum" anzusehen, falls darunter nicht sehr viel anderes als ein unverbindlicher Meinungsaustausch - oder wie verbale Selbstbefriedigung mit Alibicharakter sonst genannt werden mag - vorgestellt werden soll. Für dergleichen ist der Republikanische Club mehr als überflüssig. Viele Gruppen, viele einzelne, die wirklich in der APO arbeiten, haben ihn in diesem Verdacht und entziehen uns deshalb ihre Mitarbeit, die sehr wichtig wäre. Für jene Form der Kommunikation reichen gelegentliche Diskussionen vollkommen aus. Alle Mitglieder müssen an theoretischen Arbeitskreisen und an Aktionen zusammenarbeiten, über deren mehr oder weniger militanten Charakter vorbereitend diskutiert wird, zu dem jedes Mitglied vorher Stellung bezieht und dieser entsprechend seine eigene Funktion in voller Solidarität mit den übrigen im Club vereinigten Formen linker Aktivität erfüllt. Dann ist ein Abstand zwischen Mitgliedern und Vorstand von selbst ebenso unmöglich wie der erlebte parlamentarische Formalismus. Dann hat die von der a.o. Mitgliederversammlung angenommene, von Huffschmid vorgetragene, Konzeption einen Sinn, in der der Republikanische Club linken bis liberalen Richtungen von unterschiedlicher Entschiedenheit und Militanz zur strategischen Koordination und zur Organisation dient. Dann wird im übrigen vielleicht auch endlich die doch wohl längst überholte Diskussion über Gewalt oder Gewaltverzicht sich auf die einzig progressiven und außerordentlich notwendigen Fragen konzentrieren, die in diesem Zusammenhang jeweils geprüft werden müssen: Beteiligte, Zeitpunkt, Ausmaß, Mittel, Funktion für die Ausübenden und in der Gesellschaft, Ziel, vermutliche Ergebnisse usw. Es geht doch um den Beitrag des Clubs zur Außerparlamentarische Opposition die strategische Einheit und die ausdauernde Entschlossenheit zu vermitteln, in denen allein die internen Fragen ausdiskutiert und der sehr lange, der zweifellos sehr lange Marsch gegangen werden können.

Peter Sörgel: Anstatt eines Protokolls

Auch das zweimalige Anhören einer Tonbandaufzeichnung von der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9. Januar 1969 ließ die Schwierigkeit, ein inhaltliches Protokoll über den Verlauf der Diskussion zu erstellen, nicht geringer erscheinen. Da auch die hier abgedruckten Diskussionsbeiträge den chaotischen Verlauf der Mitgliederversammlung ahnen lassen, sollen hier lediglich die Abstimmungsergebnisse mitgeteilt werden.

Nach der Erklärung des Vorsitzenden (siehe dieses BULLETIN) folgte eine 3 1/2-stündige Diskussion unter Leitung von Peter Müller und Knut Nevermann. 27 (in Worten: siebenundzwanzig!) Anträge zur Geschäftsordnung erschwerten eine inhaltliche Diskussion sowohl über die Erklärung von

Huffschmid wie auch über die im BULLETIN 1/1969 abgedruckten Anträge. Von 4 Anträgen kam lediglich Antrag 2 zur Abstimmung, in dem die Mitglieder aufgefordert wurden, alternativ zwischen der Erklärung des Vorstandes und der abweichenden Meinung von Marianne Regensburger zur Landgerichtsaktion zu entscheiden. Das Abstimmungsergebnis sah folgendermaßen aus:

94 Mitglieder stimmten für die Erklärung von Marianne Regensburger
79 Mitglieder stimmten für die Erklärung des Vorstandes
26 Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Jörg Huffschmid forderte daraufhin die Mitglieder auf, zur strategischen Konzeption, die in seiner eingangs abgegebenen Erklärung enthalten war, Stellung zu nehmen. Die Abstimmung ergab folgendes Bild:

140 Mitglieder stimmten für die Erklärung von Huffschmid (geschätzt)
20 Mitglieder stimmten gegen diese Erklärung (geschätzt)
30 Mitglieder enthielten sich der Stimme (geschätzt)

Bevor man frustriert nach Hause ging, beschlossen die Mitglieder, die a.o. Mitgliederversammlung zu vertagen.

NACHTRAG:

Die Mitgliederversammlung wird am 8.Februar 1969 um 15 Uhr fortgesetzt. Genauere Informationen erhalten Sie im nächsten BULLETIN. Wir bitten Sie jetzt schon, Anträge beim Sekretariat einzureichen, damit sie den Mitgliedern im nächsten BULLETIN vorgestellt werden können.

I. Zwei Demonstrationen in Westberlin

E. A. Rauter - Rede, gehalten am 18. Januar 1969 im Audimax der Technischen Universität anl. der Kundgebung gegen das Obristen-Regime von Athen

Genossinnen, Genossen

Vor drei Tagen las ich in der Zeitung, daß Eugen Gerstenmaier sich bei den sogenannten Abgeordneten des Bundestages ein Spezialgesetz bestellt und bekommen hat. Er hat jetzt einen Anspruch an den Staat, das heißt an uns, von 280.000,-- Mark. Wir sollen ihm außer allen anderen Bezügen noch 280.000,-- DM dazuschenken, obwohl schon diese anderen Bezüge ein Geschenk sind. Zum Vergleich: ein Zehntel der Westberliner lebt von weniger als 350,-- DM monatlich. Diese Menschen haben es in ihrem Leben zu nichts bringen können. Und doch haben sie mehr gearbeitet als ein Herr Gerstenmaier. Was sie erarbeitet haben, ist verschwunden in den Taschen derjenigen, die Gerstenmaier im Bundesunternehmertag vertritt.

So etwas ist für mich kein Bundestagspräsident - das ist einfach ein geldgieriger Taschendieb und Wegelagerer, eine Krämerseele, die deshalb Politiker geworden ist, weil sie als Rektor zu wenig verdient hat.

Wenn ein Arbeiter ein solches Verbrechen begehen könnte, würde ihn jeder Richter dafür ins Zuchthaus schicken. Es gibt Leute in diesem Land - und ich rechne mich zu ihnen - die den Verdacht hegen, daß dieser Mensch die Widerstandskämpfer an die Nazis verraten hat, um seine eigene Haut zu retten.
Ich erwähne diesen Fall aus einem ganz bestimmten Grund.

Als sich in Griechenland die Möglichkeit abzeichnete, daß eine verhältnismäßig linke Gruppierung an die Macht kommen könnte, mit dem Willen, an diesem System vornehmer Räuber, Mörder und Diebe ein bißchen zu kratzen, da machten die amerikanischen Weltbeglücker und die griechischen NATO-Offiziere sofort aller Welt deutlich, daß Freiheit in der kapitalistischen Welthälfte immer die Freiheit von Onassis und Gerstenmeier zu sein habe.

Welch ideale Ausplünderungsmöglichkeiten Onassis heute ausnützt, das kann man nur ahnen: Unter der Drohung amerikanischer und westdeutscher Waffen kann er jetzt einen großen Teil der griechischen Bevölkerung noch ungehemmter für sich arbeiten lassen - und für seine elegante Jacqueline Kennedy, die im übrigen eine ziemlich dicke Haut zu haben scheint.

Genossen! Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit beginnen nicht erst dort, wo Blut vergossen wird. Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges hatten die Völker Europas keinen anderen Trost als die Hoffnung auf einen neuen Anfang. Mit dieser Hoffnung haben sie die Städte und Produktionsstätten wieder aufgebaut. Diese große Möglichkeit der Geburt einer neuen Gesellschaft hat nur kurze Zeit bestanden. Sehr schnell haben sich alle bürgerlichen Parteien den Kriegsgewinnlern und Währungsprofiteuren wieder angedienert. Heute werden die Parteien von den Unternehmern vollständig beherrscht.

Und mit diesen Parteien zusammen sind sie verantwortlich für das Elend von Millionen. Sie sind verantwortlich für die Hunderttausende, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern ihr Leben verdämmern. Sie sind verantwortlich für Hunderttausende von Geisteskranken und für Millionen von Alkoholikern. Sie sind verantwortlich für Tausende von Selbstmördern. Sie sind verantwortlich für Tausende sterbender Mütter und sterbender Säuglinge. Für Tausende verkrüppelter Kinder. Diese feine Riege ist verantwortlich für Millionen von Obdachlosen - allein in der Bundesrepublik sind es ungefähr eine Million.
Und außerdem sind sie verantwortlich für die mittelalterlichen Bestialitäten in den griechischen Konzentrationslagern und den Kellern der griechischen und spanischen und portugiesischen Geheimpolizei.

Genossen, für all diese Verbrechen gehen sie straffrei aus! Warum ist es nicht der Kriegsverbrecher Flick, der in Tegel Tüten kleben muß, statt seiner aber eine Unzahl von Menschen, die niemals gegen die Gesetze verstoßen würden, wenn es IHRE Gesetze wären, nämlich die Gesetze der Mehrheit - statt der Minderheit!

Genossen! Das Verbrechen der Ausbeutung ist ebenso sehr ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie die Bestialitäten es sind, die man den Angeklagten von Nürnberg vorgeworfen hat. Allzu viele haben sich allzu sehr daran gewöhnt, daß Ausbeutung etwas Alltägliches ist. Sie meinen, ein Verbrechen, das alltäglich ist, sei nicht so schwerwiegend. Dazu kann ich nur sagen, ein Notzuchtverbrechen wird nicht schon deshalb zur Ehe, weil es sich täglich wiederholt.

Genossen! Ich fordere Euch deshalb auf, laßt uns die Initiative ergreifen dafür, daß alle sozialistischen Parteien und Gruppen der kapitalistischen Länder Europas einen internationalen Gerichtshof vorbereiten. Vor diesem Gerichtshof sollen die Verbrechen der Großunternehmer und der Führungen der bürgerlichen Parteien und der griechischen Militärs sowie der spanischen und portugiesischen Diktaturen den abhängigen Massen in spektakulärer Weise ins Bewußtsein gebracht werden. Jeder

Sozialist weiß um diese Verbrechen! Und deshalb hat jeder Sozialist die Pflicht, diese Verbrecher gegen die Menschlichkeit anzuklagen! Das ist eine der besten Möglichkeiten, der Manipulation der öffentlichen Meinung etwas entgegenzusetzen.

Dazu ein letztes Wort, Freunde und Genossen. Da die konzertierte Ausbeutung sich schon längst internationalisiert hat, können wir es uns einfach nicht leisten, die Länder in der Welt, in denen die Ausbeuterklasse abgeschafft ist, als Verbündete in Frage zu stellen. Der Kampf um eine Gesellschaft für die Mehrheit ist ein internationaler Kampf. Und das möchte ich noch sagen: Die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern hat keine Divisionen. Wer sich scheut, Partei zu ergreifen für die sozialistischen Länder, der verrät die Arbeiterklasse, ob er es merkt oder nicht. Dazu noch ein Nachsatz:

Einer der letzten und raffiniertesten Tricks des Spätkapitalismus war die Erfindung des anti-autoritären Lagers!

Teure Genossen!

Die Diskussionen und Ereignisse der ersten Tage und Wochen des Jahres 1969 müssen eigentlich jeden, dem an einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse des sogenannten "freien Teils Deutschlands" gelegen ist, mit äußerstem Unbehagen erfüllen. Die angebliche Aufspaltung in Fraktionen, informelle Gruppen oder was immer innerhalb der außerparlamentarischen Opposition, mag sekundär durchaus auch unterschiedliche Auffassungen vom Sozialismus zum Ausdruck bringen. Primär dürfte es sich um den unterschiedlichen Stand des individuellen politischen Bewußtseins bei einzelnen Genossen handeln, bei dem mehr oder minder unzulänglichen Versuch, diesen jeweiligen Stand des politischen Bewußtseins zu verabsolutieren, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Vorstellung entsprechend zu verkürzen und eine deutlich aus bürgerlichen Emotionen und Reaktionsweisen herrührende Unduldsamkeit gegen Andersdenkende zu produzieren. Dies ist bei denen zu beobachten, die sich - und nicht den Sozialismus - in der gekennzeichneten Art und Weise zur Darstellung bringen, die zwar "Sozialismus" sagen, aber im Grunde nur sich selbst meinen, die damit so viel Lärm in der außerparlamentarischen Öffentlichkeit vollführen, daß sie die einen in der Hoffnung auf eine weiterführende Entwicklung der Bewegung verunsichern, die anderen auch hindern, ihre produktiven Kräfte auf lohnendere Ziele zu richten als auf kleinbürgerliche Meinungspolemiken.

Es muß gesagt werden, daß es keine Instanz gibt, die über einen sozusagen allein-seligmachenden Sozialismus zu befinden hat. Es ergibt sich die Frage, ob die Massenbasis der außerparlamentarischen Opposition wirklich schon so effektiv, ob sie schon so gr ß ist, daß man sich um engstirniger Vorurteile willen zerstreiten kann, ob man seine Kräfte an solchen Dingen verschleißen sollte, die zuletzt doch immer wieder nur bürgerlichen Egoismus reproduzieren, ob man seine Kräfte nicht lohnenderen Zielen zuwenden sollte. Selbstredend ist eine Diffamierung der unterschiedlichen Auffassungen vom Sozialismus, wie sie sich historisch in den verschiedenen Ländern ergeben haben und dort mehr oder weniger unvollkommen praktiziert werden, fällig und erforderlich; im Grunde ist sie seit über einem Jahr fällig und mit einer antiautoritären Variante der "Seid nett zueinander"-Ideologie, die nur die Differenzen verkleistern würde, ist es nicht getan. Aber wo steht geschrieben, daß eine solche Diskussion nicht rational geführt werden könnte, welche Notwendigkeit besteht, daß die persönlichen Emotionen und Eitelkeiten das rationale Argument überwuchern müssen? Wem nützt die gegenseitige Diffamierung,

wem nützen die gegenseitigen Verdächtigungen, wenn nicht dem Klassenfeind? Es ist doch auffällig, daß die bürgerliche Presse - weit über Springer hinaus - selig jeden Tropfen dieser Entsolidarisierung aufschlürft und den Schwelbrand der Emotionen, zunächst noch etwas primitiv und dummdreist, schürt. Es ist - vollends nach den Ereignissen des 18. Januar 1969 - gar nicht zu leugnen, daß Aktionen, die gleichzeitig aber an verschiedenen Stellen der Stadt durchgeführt werden, ihre sehr positiven und nützlichen Seiten haben können. Darauf sollte uns gerade das Gezeter um ein paar zerbrochene Scheiben hinweisen, das ja von der gleichen Seite kommt, die unbedenklich Vorbeugehaft und Vernichtung der "radikalen" Kräfte fordert, die also implizit darstellt, daß in dieser spätkapitalistischen Produktions- und Konsumtionsgesellschaft die Produktionsgüter anscheinend wesentlicher sind als die Menschen, die diese Produktionsgüter produzieren. Für den, der es selbst sinnlich erlebt und erfahren hat, unterliegt es keinem Zweifel, daß angesichts der Scherben auf der Tauentzien- und Kleiststraße traumatisch die Rückerinnerung an die "Reichskristallnacht" auftaucht, wenn er sich nicht klar macht, daß es sich hier nicht um eine organisierte Zerstörung handelt, wie sie seinerzeit aus dem Reichspropagandaministerium verordnet wurde, sondern um eine aus der Spontaneität herrührende Explosion, um einen Protest aus der Gruppe derer, die nach dem Willen der Herrschenden in dieser Gesellschaft keine andere Rolle zu spielen haben als die von folgsam konsumierenden Bürgern.

Es hat Scherben gegeben, jawohl, mögen diese Scherben auch in mehrfacher Hinsicht Symbolcharakter tragen, aber es ist nicht gebrandschatzt, es ist nicht gestohlen, es ist nicht geplündert worden. Es wäre nackter Zynismus, wollte man darauf hinweisen, daß sich das im Anschluß und während einer Demonstration ereignet hat, die von der Gruppe veranstaltet wurde, die sich so sehr über die Anwendung manifester Gewalt erregt hat. Jeder, der etwas näher mit den Verhältnissen vertraut ist, weiß, daß eine solche Argumentation nicht politisch, sondern in der Tat nur zynisch wäre. Wesentlicher ist, daß wochen- und monatelange Diskussionen hierüber nur von der Sache insoweit abführen, als das Geschehene dadurch nicht ungeschehen wird, daß erst die rationale Reflexion dieser in weiten Teilen emotionalen Aktion den konstruktiven Beitrag zur Erweiterung des politischen Bewußtseins zu leisten vermag. Geschieht dies nicht, so fallen wir wiederum auf die Position derer zurück, die - wie z.B. die bürgerliche kommerzielle Presse - sich kurzfristig an den Skandalen aufhalten und dann zur Tagesordnung übergehen, wenn der Spektakel keinen Profit mehr abwirft.

Das gilt ganz entsprechend für die, die auf die eine oder andere Weise politischen Profit aus dieser Sache zu ziehen versuchen; und sei es noch dadurch, daß sie an bürgerliche Instinkte und Emotionen appellieren. Wer sich an der Wildheit, wer sich an der Emotionalität widersprüchlicher Gruppen in unserer derzeitigen Gesellschaft orientiert, wird nicht zum Kern der Sache kritisch vordringen können, wird sich nur um Nuancen von der Borniertheit derer unterscheiden, die die Herrschenden als Späher aussenden und die noch in der Masse der Demonstranten durch ihre reichlich einfältigen Physiognomieen auffallen.

Wir müssen dahin kommen, daß wir bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Positionen doch zu einer neuen Solidarität des "In Gegensätzen miteinander" gelangen. Die Gegensätze müssen reflektiert, müssen sachlich argumentiert werden können. Die Solidarität sollte auf lange Frist von den jeweiligen Gegebenheiten her immer neu begriffen und praktiziert werden, wenn anders wir nicht den Herrschenden die Argumente verschärfter Unterdrückung frei Haus liefern wollen.

Hans-Dietrich Wedepohl, Hermann von Rohde, Peter von Spall, Bernd Vrubliauskaite (CSSR) von der "Marxistischer Schulungsgemeinschaft".

Über den "Stellenwert" eines Flugblattes

"Schufte - apolitische Trottel - Klassenfeinde " so ist es im Flugblatt einiger Arbeitskreise zu lesen, die gleichzeitig im Namen von Rosa Luxemburg zur Solidarität aufrufen, deren These "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" nicht vergessen werden darf.

Es gibt wohl niemanden, der nicht ein tiefes Unbehagen über getrennte Demonstrationen der Linken empfindet. Politische Differenzen müssen ausgetragen werden, da eine Verkleisterung politischer Gegensätze letzten Endes der Sache des Sozialismus nicht dient. Wer aber die Gebote des politischen Anstandes mißachtet, wer an Stelle der Diskussion die Beschimpfung setzt, hilft auch dem Klassenfeind.

Wir sollten Flublätter mit derartigem "Stellenwert" nicht mehr verbreiten, sondern durch sachliche Erarbeitung der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus einen echten Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft leisten. Diese Arbeit muß frei von Dogmatismus und Sektierertum sein. Beschimpfungen anstelle von Argumenten sind kein Beitrag zur Bewußtseinsveränderung.

Hermann von Rohde

Der Leser der WAHRHEIT konnte sich in der Berichterstattung der Dienstag-Ausgabe ein besonders informatives Bild von den Demonstrationen des vorangegangenen Sonnabends anläßlich des 50. Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht machen. Die WAHRHEIT unterschlug ihren Lesern nicht nur die Tatsache, daß nicht eine, sondern zwei Demonstrationen stattgefunden hatten - sie unterschlug ihnen auch die Berichterstattung über die Hintergründe des Scheiterns einer gemeinsamen Demonstration. In den Zeilen der WAHRHEIT schwoll der Zug der maximal 2.000 zu einer "eindrucksvollen Massenkundgebung Tausender" an, mausern sich die Vertreter von VVN und verschiedener Ableger der SED zu "Vertretern demokratischer Massenorganisationen", von denen man weiß, daß sie über keine Massenbasis verfügen.

Wir haben in der Tat keinen Grund zur Schadenfreude über die fehlende Mobilität der "Massen", müssen uns aber mit der Politik einer Partei auseinandersetzen, die - aus hier nicht untersuchten Gründen - sich bisher außerstande gezeigt hat, Massen zu mobilisieren, die darüberhinaus die Reflexion über das Problem der Massenmobilisierung tabuisiert hat und statt dessen sich anschickt, in einem Augenblick beginnender Unruhe und Mobilisierung in bewährter sozialdemokratischer Manier als Ordnungs- und Disziplinierungsfaktor außerparlamentarischer Bewegung aufzutreten, um so als Integrationspartei und möglicher Bündnispartner linkerer und sozialdemokratischer Parteien bei den nächsten Wahlen hoffähig zu werden. In diesem Zusammenhang erweisen sich der autoritäre Zentralismus, das Unfehlbarkeitsdogma der Parteizentrale als Gralshüter des Sozialismus, die Verdächtigung jeder Kritik an dieser Zentrale als bürgerlicher Antikommunismus, als Disziplinierungsmöglichkeiten der Mitgliedschaft. Daraus leitet sich die Strategie gegenüber unabhängigen sozialistischen Gruppen ab: Unterwanderung und Kontrolle dieser Gruppen oder bei Mißlingen einer Kontrolle deren Zerschlagung zu betreiben.

Daher waren die von der SED vorgetragenen Gründe für die Beteiligung an der Griechendemonstration vorgeschoben, vornehmlich die Begründung aus der frühzeitigeren Planung dieser Demonstration. Auch die SED dürfte sich das Müllerprinzip "wer zuerst kommt, mahlt zuerst" noch nicht zum Prinzip politischer Entscheidungen gemacht haben. Vielmehr leitet sich

die Weigerung der SED/FDJ, vor die SPD-Parteizentrale in der Müllerstraße zu ziehen, aus der oben skizzierten parlamentarischen Strategie ab. So hatte die SED auch nichts Eiligeres zu tun, als sich in kleinbürgerlicher Wohlanständigkeit und aus Angst vor einer möglichen Identifizierung von den zerstörten Fensterscheiben der Warenhäuser und Banken zu distanzieren. ("Diese Gruppe hat mit der Kundgebung nichts, aber auch gar nichts zu tun. Offensichtlich handelt es sich um die gleichen Leute, die die Rehse-Demonstration zu stören versuchten und den Auftrag haben, die demokratische und sozialistische Bewegung Westberlins in Mißkredit zu bringen. Alle Versuche, diese Leute in Zusammenhang mit dieser Kundgebung und Demonstration zu bringen, sind nichts anderes als eine bewußte Diffamierung der demokratischen und sozialistischen Kräfte unserer Stadt.")

Die Vermittlungsmöglichkeit derartiger symbolisch geführter antikapitalistischer Proteste ist durchaus zu diskutieren. In der Abqualifizierung dieser Aktionen aber als jugendlichen Randalismus trägt die SED dazu bei, wie seinerzeit die SPD, einen Teil der linken Bewegung zu kriminalisieren. Die SED (DKP in der Bundesrepublik) ist für die Herrschenden keine Gefahr. Sie bereitet sich - wie die SPD in der Revolution von 1918 - auf die Disziplinierung und Neutralisierung revolutionärer Bewegungen vor.

Solveig Ehrler

Kurz vor Redaktionsschluß ging per Telefondiktat folgender Beitrag der Arbeitsgemeinschaft Berliner Journalisten ein:

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Berliner Journalisten, soweit sie dem Republikanischen Club angehören, mißbilligen,

- daß ein Clubmitglied öffentlich dazu aufgefordert hat, den EXTRA-DIENST abzubestellen;
- daß Mitglieder des RC-Vorstands mit einer Unterschriftenliste für die Abbestellung des EXTRA-DIENSTES agitierten.

Wir halten den EXTRA-DIENST für eine Publikation, die der Linken insgesamt nützlich war und ist, gleichgültig um die verschiedenen ideologischen und theoretischen Positionen und Konzeptionen der Organisation linker Publizistik.
Wir verurteilen es, daß die Redaktion jetzt diffamiert wird, weil sie nicht in allen Fragen auf der Linie einer bestimmten Gruppe des Clubs liegt. Wir sind für eine Auseinandersetzung mit politischen Argumenten; wir sind dagegen, daß unter Linken aggressionsgeladene Kleinkriege inszeniert werden, erst recht dann, wenn in kapitalistischen Konkurrenzverfahren versucht wird, den Kontrahenten wirtschaftlich zu erledigen. Wir fordern die Gruppen auf, in einer möglichst bald angesetzten Diskussion die Standpunkte auszudiskutieren.

Dieter Koch

G r ü n d u n g s a u f r u f

der "Marxistischen Schulungsgemeinschaft" im Republikanischen Club Berlin

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß eine verbindliche marxistisch-sozialistische Programmatik und Strategie, die sich an der Gegenwart orientiert, noch nicht vorhanden ist.
Ein Grund dafür ist die systematische Verhinderung radikaler Reformen, die im Bereich des Bildungswesens dringend notwendig sind. Die junge Opposition wird daran gehindert, sich die Grundlagen marxistischer Gesellschaftswissenschaften anzueignen. Eine Vermittlung und kritische Reflexion gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge fanden nur selten statt.

Wer die Produktivkräfte gegen die Herrschenden einsetzen will, muß sie aber nicht nur in Besitz nehmen, sondern auch inhaltlich erforschen und begreifen.

Um die Verbindung zwischen der außerparlamentarischen Opposition und den Sympathisanten herzustellen und somit zu einer Basisverbreiterung beizutragen, wird eine marxistische Schulungsgemeinschaft gegründet, deren Mitglieder nicht KPD-fixiert sind, und es sich zur Aufgabe machen, mit Interessenten verschiedener politischer Herkunft die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus zu erarbeiten und zu diskutieren. Die Referenten - möglichst auch aus den schon bestehenden Arbeitskreisen - werden gemeinsam mit den Teilnehmern die Themen festlegen, an denen Interesse besteht.

Am Beginn sollte eine Analyse der Produktionsverhältnisse von der Urgemeinschaft bis zur Gegenwart stehen mit den besonderen Schwerpunkten: Politische Ökonomie, Subkultur und Räte. Als Grundlage könnte folgende Literatur dienen:

1. Die "Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie" von Ernest Mandel
2. "Dialektischer Materialismus" von Robert Havemann
3. "Parlamentarismus und Rätedemokratie" von Wilfried Gottschalch
4. "Marxismus im 20. Jahrhundert" von Roger Garaudy
5. "Sexualität und Klassenkampf" von Reimund Reiche.

Referenten sowie Interessenten wenden sich an den Organisator Hermann von Rohde, 1 Berlin 15, Bronzer Straße 8, Tel. 881 39 18.

Die Konstituierung der Schulungsgemeinschaft wird rechtzeitig bekanntgegeben. Die Diskussionsabende stehen jedem Interessenten offen.

Willy Huhn
Dietrich Wedepohl
Hermann von Rohde
Peter van Spall

ARBEIT DES DELEGIERTENRATES:

Inzwischen ist der Delegiertenrat, der sich aus den Vertretern von Arbeitskreisen und Aktivgruppen der Außerparlamentarischen Opposition (zum großen Teil Arbeitskreise des RC) zusammensetzt, zusammengetreten und hat auf mehreren Sitzungen Beschlüsse hinsichtlich seiner politischen Kompetenzen und Arbeitsweise gefaßt.
Unter anderem verabschiedete der Delegiertenrat auf seiner 2. Sitzung am 6. Jan. 1969 folgenden Beschluß, der auch der Mitgliederversammlung am 9. 1. 69 vorgelegen hat:
Beschluß: "Der Delegiertenrat betrachtet seine vorläufig konstituierte Form als Ausgangspunkt einer Entwicklung, die in absehbarer Zeit zu einer Ablösung des auf klassisch-repräsentative Weise gewählten Vorstandes führen soll.
Die große Verzögerung, mit der dieser Prozeß eingeleitet wird, sollte nicht zu dem Versuch verleiten, notwendige Zwischenstadien zu überspringen; ein Rat, der nicht auf einem qualitativ und quantitativ hinreichenden Unterbau steht, bedeutet nur eine Fortsetzung (und damit eine Verfestigung) der bestehenden Struktur unter anderem Namen.
Daher und unter Bezug auf den Beschluß der Mitgliederversammlung vom 25. Mai 1968 schlägt der Delegiertenrat vor, seine Kompetenzen vorläufig wie folgt abzugrenzen:

1. Der Delegiertenrat besteht aus je einem Delegierten aller Arbeitskreise und Aktivgruppen etc. des Republikanischen Clubs bzw. im Republikanischen Club. Gruppen, die außerhalb des RC arbeiten und deren Mitglieder nicht oder nur teilweise Mitglieder des RC sind, können ebenfalls Delegierte in den Delegiertenrat entsenden. Der Delegiertenrat beschließt von Fall zu Fall, ob und welche dieser außerhalb des RC arbeitenden Gruppen nicht Mitglied des Delegiertenrats sein können.
   Jeder Delegierte kann nur einen Arbeitskreis vertreten.
2. Der Delegiertenrat tagt ausschließlich öffentlich.
3. Die Mitglieder des RC-Vorstandes nehmen an den Sitzungen des Delegiertenrates mit beratender Stimme teil.
4. Mindestens zwei Mitglieder des Delegiertenrats nehmen an den Sitzungen des RC-Vorstandes teil. Diese beiden Vertreter werden in jeder Sitzung des Delegiertenrats aus zwei Arbeitskreisen im Rotationsverfahren neu bestimmt.
   Der Vorstand ist verpflichtet, den Delegiertenrat zu allen Fragen zu hören.
   Über die Aufnahme von Mitgliedern, die keine natürlichen Personen sind, entscheidet der Vorstand gemeinsam mit dem Delegiertenrat mit einfacher Mehrheit.
5. Der Delegiertenrat kann mit 3/4-Mehrheit aller Delegierten die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verlangen.
6. Änderungen dieser vorläufigen Kompetenzabgrenzung werden vom Delegiertenrat zusammen mit dem Vorstand beschlossen. Sie bedürfen der Bestätigung durch die Mitgliederversammlung. "

Auf seiner Sitzung am 16. 1. 69 formulierte der Delegiertenrat folgenden Beschluß hinsichtlich der Legitimation von Delegierten bzw. Arbeitskreisen im Delegiertenrat. Vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Mehrzahl der einzelnen Arbeitskreise und Aktivgruppen ist dieser Beschluß als Ergänzung in die Kompetenzabgrenzungs-Erklärung des Delegiertenrates vom 6.1.69 aufzunehmen:
"Sinn dieses Beschlusses ist ausdrücklich nicht, bestimmte Gruppen, die tatsächlich politische Arbeit leisten, von der Mitarbeit im Delegiertenrat auszuschliessen. Es muß jedoch verhindert werden, daß Gruppen im Delegiertenrat mitwirken, die de facto nicht

existieren oder die ausschließlich zum Zweck der Entsendung eines Delegierten gegründet werden.
Die Delegierten der Arbeitskreise, Aktivgruppen etc. legitimieren sich wie folgt:
a) Hinterlegung einer Liste mit Namen und Adressen ihrer Mitglieder (im Sekretariat des RC).
b) Erklärung über das Ziel bzw. das Konzept ihrer politischen Arbeit.
c) Regelmäßige und rechtzeitige Bekanntgabe (RC-Bulletin, Extra-Dienst, schwarzes Brett) von Ort und Zeit ihrer Sitzungen, die ausschließlich öffentlich sein müssen.
Der Delegiertenrat kann jederzeit die Wiederholung der Legitimation (Punkt a) und b)) verlangen."

Hinsichtlich einer notwendig erscheinenden Umstrukturierung der künftigen Mitgliederversammlungen des RC faßte der Delegiertenrat auf seiner Sitzung am 16. 1. 69 folgenden Beschluß:
"Der Delegiertenrat unterbreitet der Mitgliedschaft folgenden Vorschlag zur nächsten MV:
a) Es wird ein fünfköpfiges Präsidium gewählt - vorherige Kandidatenaufstellung durch Listenaushang im RC. Anträge zur Geschäftsordnung sind nicht mehr möglich - mit der einzigen Ausnahme des Antrags auf Abwahl der Sitzungsleitung. Das Präsidium hat das Recht, Anträge auf Schluß der Debatte, auf sofortige Abstimmung oder auf Nichtbefassung zu stellen. Keine Redezeitbegrenzung.
b) Es werden Referate zu folgenden Punkten gehalten:
1. Organisation der APO-mit bes. Berücksichtigung des RC
2. Strategie der APO- " " " " "
3. Bündnispolitik - " " " " "

Diese Punkte können selbstverständlich auch in einem Referat behandelt werden. Es sollte nicht mehr als 10 bis 15 Minuten dauern. Zu jedem Thema sprechen mindestens zwei Referenten - evtl. drei - um die verschiedenen Vorstellungen der Fraktionen des RC zu Worte kommen zu lassen (Antiautoritäre, Traditionalisten, Liberale). Die Referate sollten nicht zu ausführlich, sondern mehr skizzenhaft sein. Referate werden auszugsweise bzw. thesenhaft so rechtzeitig vor der Mitgliederversammlung im RC-Bulletin publiziert, daß die Veröffentlichtung von Koreferaten in gleicher Form an gleicher Stelle möglich ist, um so den Mitgliedern die Möglichkeit zu einer echten inhaltlichen Auseinandersetzung zu geben."
Alle Mitglieder werden aufgefordert, in den nächsten Tagen ihre Zustimmung oder Ablehnung zu diesem Vorschlag mündlich oder schriftlich beim Sekretariat zu äußern, um so ein Meinungsbild herbeizuführen. Sollte der Vorschlag abgelehnt werden, wäre es notwendig, noch vor der Mitgliederversammlung eine neue Konzeption auszuarbeiten, um eine endlose Diskussion zur Strukturierung der MV bei deren Beginn zu vermeiden.

V. Dokumentation

Wie im letzten RC-BULLETIN angekündigt, drucken wir im Nachtrag die Rede des Vertreters der Jungdemokraten nach der Rehse-Demonstration vor dem Schöneberger Rathaus ab:

"Unser Ausgangspunkt muß sein:
In dem Maße, in dem die Auseinandersetzung um das Rehse-Urteil reduziert wird auf Emotionen und Personen, wird kritische Einsicht in den Gesamtzusammenhang verhindert.
Nicht das Fehlurteil eines einzelnen Richters ist das Kernproblem, nicht der Freispruch für Rehse die Ursache für eine weltweite Empörung. Dieser Freispruch erhält seine politische Dimension erst dadurch, daß sehr viele schon lange die bundesrepublikanische Gesellschaft in der politischen Nachbarschaft dieses Urteils vermutet haben. Weil die demokratische Substanz dieser Gesellschaft so sehr fragwürdig ist, wird dieses Urteil Symptom für die gesellschaftliche Situation, werden Zweifel darüber verstärkt, ob die Gesellschaft in der Bundesrepublik heute so grundsätzlich anders ist als die damalige, 1933.

Dieses Urteil wirft ein Schlaglicht auf die politischen Probleme, die sich ergeben aus dem mißlungenen Versuch nach 1945 in Deutschland radikale Demokratie zu realisieren. Die umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wurde nicht geleistet.

Dieses Urteil wird wichtig erst als Produkt einer Politik, die gerichtet war und ist auf die Wiederherstellung autoritärer Praxis in Politik, Wirtschaft und Erziehung. So wurden Verhaltensweisen der Anpassung und Unterordnung gefördert und damit die Herrschaft Weniger errichtet und gesichert.

Die im Interesse der Herrschaftssicherung konsequente Entpolitisierung der Bevölkerung kennzeichnet auch die gegenwärtige öffentliche Diskussion dieses Urteils.

Die Kampagne in Presse und Fernsehen gegen die Person des Richters soll die wachsende Kritik der Öffentlichkeit kanalisieren und diese ablenken von der Lage der Justiz, die selbst wieder nur Ausdruck der Lage der Gesellschaft ist. Rehse soll geopfert werden, um die Kiesingers und Lübkes besser verstecken zu können. Das kritische Potential der Öffentlichkeit wird auf Personen abgelenkt und so politisch unwirksam.

Hier liegt die Aufgabe einer radikaldemokratischen Opposition. Diese autoritäre Steuerung der öffentlichen Diskussion verhindert politische Veränderung. Sie muß durchbrochen werden! Sie kann nur durchbrochen werden, wenn es gelingt, durch Aufklärung und Diskussion die konkrete Kritik eines großen Teils der Bevölkerung zu politischer Kritik zu transformieren und so kritisches, weil politisches, Bewußtsein zu entwickeln. Das erfordert weiter, daß unsere Aktionen für große Teile der Bevölkerung einsehbar und nachvollziehbar sein müssen.

Daran gemessen sind die bisherigen militanten Aktionen nur scheinbar militant. Denn Militanz soll doch wohl einen höheren Grad von Gefährlichkeit für ein autoritäres System anzeigen. Die physische Militanz gegen Personen, die Verunsicherung von Personen, kann jedoch nicht das System treffen, sondern dieses nur stabilisieren. Konkrete Veränderung und Demokratisierung wird so nicht erreicht.

Darüber hinaus verwirken solche Aktionen den moralischen Anspruch einer radikaldemokratischen Opposition. Nur dieser moralische Anspruch macht Radikalität in der Aktion für große Bevölkerungskreise nachvollziehbar. Dieser moralische Anspruch ist somit wesentliche Bedingung des Erfolges. Das bedeutet konkret auch und gerade in der Justiz-Kampagne:

Die moralische Empörung über das Rehse-Urteil kann nur dann in politischen Protest transformiert werden, wenn unsere Aktionen mit weniger Gewalt, mit weniger Zwang und mit weniger autoritärem Druck auskommen, als die von Justiz und Polizei.

Diese Erfolgsbedingungen außerparlamentarischer Opposition machen auch bestimmte innere Strukturen dieser Opposition notwendig. In dem Maße, in dem in der APO die Autoritätsgläubigkeit gegenüber der Führungselite wächst, verschwindet der Unterschied zu den Regierenden, der für diese die entscheidende Gefahr ist. Die Gefährlichkeit der APO steht und fällt mit einer konsequent antiautoritären Praxis innerhalb der außerparlamentarischen Opposition.

Für unsere Überzeugungskraft ist es auch notwendig, die klare und uneingeschränkte Verurteilung aller autoritären und undemokratischen Aktionen in allen Bereichen und an jedem Ort. Deswegen haben wir am 21. August den Protest derjenigen zurückgewiesen, die nicht auch bereit waren, gegen die US-Politik in Vietnam zu protestieren.

Deswegen haben diejenigen heute nicht die moralische Qualifikation zum Protest gegen den Rehse-Freispruch, die nicht mit gleicher Klarheit Stellung beziehen gegen die Lübkes und Kiesingers. Protest gegen autoritäre Praxis, die bis zum Mord und Völkermord führt, und gegen deren Rechtfertigung wie z.B. durch den Rehse-Freispruch, muß ungeteilt sein.

Das bedeutet auch die öffentliche Solidarität mit radikaldemokratischen Kräften in der DDR, die dort durch eine autoritäre Bürokratie unterdrückt werden.

Der Protest derjenigen,ist hier nicht glaubwürdig, die diese Solidarität mit der unterdrückten antiautoritären Opposition in der DDR nicht klar und deutlich erklären. Das bedeutet: Die Beteiligung der SED-Westberlin ist solange nur formal, solange diese Solidarität nicht erklärt wird. Materielle Zusammenarbeit, Aktionseinheit, ist mit niemandem möglich, der den konkreten Protest als Versteck für seine eigene autoritäre Praxis mißbraucht.

Die solidarische Aktion aller antiautoritären Kräfte ist notwendig für die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dafür muß heute ein Ausgangspunkt gesetzt werden.

Otto Hoffmann - Deutsche Jungdemokraten.

VI. Veranstaltungskalender

Mit Hilfe des Clubmitglieds Peter van Spall ist es gelungen, für die nächsten Wochen ein weitgefächertes Veranstaltungsprogramm vorzubereiten. Wir hoffen, daß auch für Sie das eine oder andere Thema interessant sein wird und freuen uns über Ihr Kommen. Die Sitzungen der Arbeitskreise bleiben in dieser Ausgabe unberücksichtigt, sofern es sich nicht um Neugründungen handelt.

Donnerstag, den 23. Januar 1969 - 20 Uhr

"Berlin- Deine Chance" Informationsabend über die Bundewehrkampagne mit Hans Seidel (IdK) und anderen.

Öffentliche Sitzung des Delegiertenrates

Freitag, den 24. Januar 1969 - 20 Uhr

Clubdiskussion mit den Verfassern der Broschüre " Der 9.November 1918" (Für DM 3.- in der Büchsstube des RC erhältlich)
Klaus Herrmann: Zur Strategie der Mobilisierung
Kurt Johannsen: Zur Aufarbeitung der Novemberrevolution durch die SED

W I C H T I G E M I T T E I L U N G

Die Organisatoren des INTERNATIONALEN BASISSEMINARS haben sich entschlossen, die Tagung nicht im Club stattfinden zu lassen, da mit einer Beteiligung aus dem In- und Ausland zu rechnen ist, die die Kapazität der Clubräumlichkeiten bei weitem überschreitet. Der Club ist deshalb von Samstag, den 25. Januar bis Montag, den . Januar G E Ö F F N E T !

Mittwoch, den 29. Januar 1969 - 2o Uhr
Dieter Kersten und Horst Alfes sprechen zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der AUD. Thema:" Mitbestimmung- Partnerschaftssozialismus". (Mitglieder des AK Betrieb sollten diese Veranstaltung besuchen.)

Donnerstag, den 30 Januar 1969- 20 Uhr

In einer Veranstaltung des AK "Bürokratie und Rätedemokratie" spricht Professor Ossip K. Flechtheim zum Thema: "Die Zukunft der Politik und die Politik der Zukunft".

Freitag, den 31. Januar 1969 - 20 Uhr

Clubdiskussion mit Manfred Rexin:" Zur Position der sogenannten Linksliberalen im Republikanischen Club."
Thesen zu dieser Diskussion können ab Donnerstag, den 3o. Januar im Club abgeholt werden.

Sonnabend, den 1. Februar 1969- 20 Uhr

Dr. Wolfgang F. Haug spricht zum Thema: "Vorschläge zur Formulierung eines allgemeinen Faschismusbegriffes.

Sonntag, den 2. Februar 1969- 20 Uhr

Dr. Helmut Kentler (noch keine endgültige Zusage) und Bernd Vrubliauskaite sprechen zum Thema:" Verständigungsschwierigkeiten- Verständigungsmöglichkeiten.- Zur Wirkung von Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition auf die Öffentlichkeit."

Montag, den 3. Februar 1969 - 20 Uhr

Otto Gmelin, Autor des Buches "Psychologie des Fernsehens" und redigierter Dozent der Filmakademie spricht zum Thema:"Die politischen Möglichkeiten des Fernsehens für die Außerparlamentarische Opposition".

Mittwoch, den 5. Februar 1969 - 20 Uhr

Zur Informationspolitik der "Liberalen Zeitung" spricht dazu der Redaktuer des Blattes Robert J. Nüsse.

Donnerstag, den 6. Februar 1969 - 20 Uhr

Nils Kadritzke (?), Gerd Börnsen: "Zur innerparteilichen Strategie und Bündnispolitik des SHB".

Freitag, den 7. Februar 1969 - 20 Uhr

Der EXTRA-DIENST ist aus den Kreisen der Außerparlamentarischen Opposition zunehmender Kritik ausgesetzt. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Berliner Journalisten fordern die Gruppen auf, ihre verschiedenen Standpunkte auszudiskutieren. Wir haben dafür diesen Freitag vorgesehen (siehe auch BULLETIN II/1969 - Seite 23).

Samstag, den 8. Februar 1969

Fortsetzung der außerordentlichen MITGLIEDERVERSAMMLUNG, 15 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus Dahlem.

Sonntag, den 9. Februar 1969 - 20 Uhr

Jochen Ebmeyer spricht zum Thema: "Zum gegenwärtigen Stand der Rätediskussion".

Mittwoch, den 12. Februar 1969 - 20 Uhr

Pfarrer Gerhard Dümchen srpicht zum Thema: "Christientum und Marxismus und der Utopische Ort".

Freitag, den 14. Februar 1969 - 20 Uhr

Clubdiskussion mit Lorenz Knorr (Vorstand der DFU) zum Thema: "Währungskrise im Spätkapitalismus".

Sonntag, den 16. Februar 1969 - 2 0 Uhr

Einige Republikanische Clubs haben sich zur Initiative Republikanische Union (IRU) zusammengeschlossen. Peter Schilinski referiert über die Ziele dieser überregionalen Vereinigung. Thesen dazu veröffentlichen wir im nächsten BULLETIN.

Montag, den 17. Februar 1969 - 20 Uhr

Öffentliche Veranstaltung der "Marxistischen Schulungsgemeinschaft" Willy Huhn referiert zum Thema: "Was ist eigentlich Marxismus?"

Mittwoch, den 19. Februar 1969 - 2 0 Uhr

Axel Kammholz und K. Hoffmann von den Jungdemokraten sprechen zum Thema: "Unsere Auffassung über Wirtschaftsdemokratie".

Freitag, den 28. Februar 1969 - 20 Uhr

Dr. Arno Klönne spricht zum Thema: "Zur Organisationsproblematik der neuen sozialistischen Linken".

Änderungen und Ergänzungen bitten wir dem Berliner EXTRA-DIENST zu entnehmen.